Groß Berlin: Freitag, 9. Oktober in allen Unterbezirken Mitgliederversammlung

Mit der Höhe der Unterstützung und mit der Zahl der Unterstützten steht es aber doch nicht besser: „Augenblicklich", schreibt „Prawda" am 7. Mai 1925, „machen die Arbeitslosen, die eine Unterstützung aus den Kassen der Sozialversicherung beziehen, 34 v. H. von der gesamten Zahl der Arbeitslosen in der Union aus. (D. h. von den registrierten Arbeitslosen. D. R.) Damit ist gesagt, daß in der gesamten Union 300 000 unterstützt werden. Da die durchschnittliche Unterstützung 7—8 Rubel beträgt, so zahlt der Staat aus der Kasse für Sozialversicherung jeden Monat über 2 Millionen als Arbeitslosenunterstützung."

„Mit der Versicherung der Invaliden und Arbeitslosen", schreibt „Prawda" am 1. Oktober, „steht es noch schlimmer (als wie mit der für zeitweise Arbeitsunfähige, Kranke usw. D. Red.): Die durchschnittliche Höhe der Pension für Invaliden von allen drei Kategorien beträgt im März 1925 11,30 Rubel und im April 12,40 Rubel. Für die Arbeitslosen von den beiden Kategorien beträgt die Unterstützung im März 7,40 Rubel und im April 8,30 Rubel. Unglücklich ist es auch mit der Zahl der unterstützten Arbeitslosen, da von über 1 Million an der Arbeitsbörse eingeschriebenen Arbeitslosen nur ca. 290 000 Arbeitslose eine Unterstützung von der Sozialversicherungskasse beziehen." (D. h. 26 v. H. von den eingeschriebenen 1 100 000 oder 19,3 v. H. von allen Arbeitslosen, die amtlich auf 1 500 000 geschätzt werden. D. Red.)

„In Moskau speziell haben am 1. Januar 1925 nach den Daten des Gouvernements-Gewerkschaftsrats 31 000 Arbeitslose eine Unterstützung bezogen (von 81 874 registrierten Arbeitslosen). Die festgesetzte normale Unterstützung beträgt für die erste Gruppe 10 Rubel, für die zweite 7 Rubel." („Trud" vom 25. April 1925.) Nach den Daten des Kommissariats der Staatsinspektion aber „haben am 1. Januar 21 668, d. h. 40 v. H. von allen Arbeitslosen eine Unterstützung bekommen." („Trud" vom 18. April 1925.) (21 668 machen aber von 81 874 nicht 40 v. H., sondern nur 26 v. H.)

Gewerkschaftsunterstützung. Ein Teil der Arbeitslosen werden von den Gewerkschaftskassen unterstützt, das sind natürlich die Gewerkschaftsmitglieder, die, wie wir schon gezeigt haben, 61 v. H. von allen Arbeitslosen betragen. Wir verfügen über Daten von den Unterstützungen, die zwei von den größten Gewerkschaftsverbänden ihren arbeitslosen Mitgliedern gewähren, diese der Metall- und Textilarbeiter. „In dem Quartal Oktober—Dezember 1924 beabsichtigte der Metallarbeiterverband 16 262 von allen, 48 702 Arbeitslosen, zu unterstützen. Die Höhe der Unterstützung für die verschiedenen Gouvernements ist auf 4 — 5 — 7 Rubel oder durchschnittlich 6,33 Rubel festgesetzt — — — In Wirklichkeit sind aber ca. 13 000 Arbeitslose mit durchschnittlich 5 Rubel monatlich unterstützt worden." („Trud", 1. April 1925.) In derselben Zeit wird aber die Lage in dem Bericht vor der VII. Gouvernements-Konferenz der Leningrader Metallarbeiter in folgender Weise beschrieben: „In manchen Bezirken ist nicht die Unterstützung von 1—1,5 Rubel gezahlt worden. In manchen Bezirken steigt diese Summe bis zu 7 Rubel monatlich. Regelmäßigere Unterstützung ist in Moskau, Leningrad und Nischnij gezahlt. Die übrigen Bezirke haben von Fall zu Fall, ihren Mitteln nach, eine Unterstützung zugewährt." („Trud", 12. Februar 1925.)

„Im Quartal Januar—März 1925 ist den Bezirkskomitees vorgeschlagen worden, von 50 400 Arbeitslosen 15 112 Mann zu unterstützen, wobei die Höhe der Unterstützung für die verschiedenen Bezirke 6 — 8 — 10 Rubel (in Moskau 15 Rubel) betragen hat. Die durchschnittliche Unterstützung ist 8 Rubel gewesen." („Trud", 1. April 1925.)

In dem **Textil-Gewerkschaftsverband** „ist die Arbeitslosenunterstützung sehr verschieden und schwankt von 2—10 Rubel." („Trud", 15. August 1925.) Wieviel Prozent von den arbeitslosen Mitgliedern des Textil-Gewerkschaftsverbandes diese Unterstützung bekommen, ist nicht gesagt.

Eine Unterstützung von den Gewerkschaften bezieht jedoch nur ein kleiner Bruchteil der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder, der im Verhältnis zu den gesamten Arbeitslosen nur einen kleinen Prozentsatz ausmacht. „Die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften", schreibt mit Recht „Trud" am 9. Oktober 1924, „die sie hauptsächlich aus den Abzügen des Arbeitslohnes der Gewerkschaftsmitglieder bezahlen, hat nie eine große Bedeutung in dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gehabt, da die Fonds im Verhältnis zu den Bedürfnissen zu gering sind."

Es gibt natürlich Arbeitslose, die gleichzeitig von den beiden Stellen eine Unterstützung bekommen. Ihre Stimme ist aber in diesem Falle auch nicht zu groß. Das ist aus den folgenden Daten zu ersehen. „Das Moskauer Bezirkskomitee des Metallarbeiter-Verbandes zahlt den höchstqualifizierten Arbeitslosen 15 Rubel und den mittelqualifizierten 10 Rubel monatlich. Wenn der hochqualifizierte Arbeiter eine Unterstützung von 10 Rubel aus der Sozialversicherungskasse bekommt, so gibt der Verband noch 5 Rubel zu, damit die Unterstützung 15 Rubel beträgt. Wenn die Arbeitslosen mit Mittelqualifizierung 7 Rubel von der Sozialversicherung bekommen, so bekommen sie noch 3 Rubel vom Verband dazu, damit die Summe 10 Rubel beträgt. Die mittelqualifizierten Arbeiter, die keine Unterstützung von der Sozialversicherung beziehen, bekommen vom Verband direkt 10 Rubel. Außerdem noch 2 Rubel für jedes vierte Mitglied der Familie." („Trud", 12. Februar 1925.) Das gilt also für Moskau, für die höchst- und mittelqualifizierten Arbeitslosen der Metallindustrie! Für die anderen Städte, Arbeitsgruppen und Industrien ist die Summe der beiden Unterstützungen noch kleiner.

Notstandsarbeiten. Außer den obigen Geldunterstützungen existiert noch die sogenannte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten (öffentliche Arbeiten). Wie nichtig und lächerlich die Beschäftigung, die man durch diese Arbeiten 1924 verschafft hat, ist, ist aus dem Bericht der englischen Delegation zu ersehen. „Ein Programm über die Ausführung öffentlicher Arbeiten wurde ebenfalls durch die notwendige Sparsamkeit beeinträchtigt. Die darauf angewandten Summen betrugen 1924 1 700 000 Rubel, und es wurde dadurch Beschäftigung für 1 500 000 Arbeitstage gewährt." (S. 190)

Im Jahre 1925 ist eine Summe von **7 500 000** Rubel für **6 250 000** Arbeitstage bewilligt worden. („Prawda", 7. Mai und 19. Juni 1925.) Wenn man in Betracht zieht, daß es in Rußland 1 500 000 Arbeitslose gibt, so sieht man, daß auf einen Arbeiter nur 5 Rubel oder 4 Arbeitstage für das ganze Jahr 1925 kommen. Die obigen Zahlen zeigen gleichzeitig, wie schlecht die Arbeiter an diesen Notstandsarbeiten bezahlt sind.

Man versucht noch mit Organisierung von kleinen Produktivgenossenschaften (Artels), Beschäftigung für die Arbeitslosen zu schaffen. Hier steht es aber nicht besser als wie mit den Notstandsarbeiten. „Gegenwärtig" schreibt „Prawda" am 19. Juni 1925, sind in allen Produktivgenossenschaften der Union (bis 1800) über 80 000 Arbeitslose beschäftigt, von denen auf R. S. F. S. R. 50 000 und auf die Ukraine 20 000 kommen." Das Einkommen der Arbeiter in ihnen ist kleiner als wie das der in der Industrie beschäftigten. Für Moskau speziell „umfassen die Produktivgenossenschaften über 5000 Arbeiter und bringen ihnen etwas kleinere Einkommen, als wie den übrigen Arbeitern." („Trud", 18. April 1925.)

Es ist klar, daß nur ein kleiner Teil der Arbeitslosen auf irgendwelche Weise eine Unterstützung bekommen, die der Höhe nach zum Leben zu klein und zum Sterben zu groß ist.

Wirtschaft

Abschluß des Handelsvertrages mit Rußland

Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen hat nunmehr das Reichskabinett in einer Abendsitzung am Donnerstag, den 1. Oktober, seine Einwilligung zur Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrages gegeben. Somit ist Deutschland der erste Staat, der eine umfassende Regelung mit der russischen Regierung getroffen hat. Das gesamte Vertragswerk enthält folgende zehn für die Regelung der beiderseitigen Rechts- und Wirtschaftsbeziehungen wichtige Einzelabkommen:

Ein Niederlassungs-, ein Wirtschafts-, ein Seeschiffahrts-, ein Eisenbahn-, ein Steuerabkommen, ein Abkommen für gewerblichen Rechtsschutz, sowie ein Abkommen über Handelsgerichte; außerdem ein Konsular- nebst Rechtshilfeabkommen und ein Nachlaßabkommen.

Zur endgültigen Feststellung der Vertragstexte, sowie zur Verständigung über einige offen gebliebene Punkte, begibt sich eine unter Führung des Vorsitzenden Herrn v. Kerner stehende engere deutsche Delegation unverzüglich nach Moskau zurück. Mit der Erledigung dieser Aufgabe sowie mit der Unterzeichnung ist in kürzester Frist zu rechnen.

Gleichzeitig nähern sich die Verhandlungen des D.-Bankenkonzerns (Deutsche-Darmstädter-Dresdener-Bank, Diskonto-Gesellschaft) mit der russischen Handelsvertretung über die Gewährung eines Kredites von rund 100 Mill. Mk. an Rußland ihrem Abschluß. Der Kredit wird verwendet werden zu Einkäufen der russischen Regierung bei der deutschen Industrie.

Mit dem Zustandekommen des deutsch-russischen Handelsvertrages ist für die „östliche Orientierung" allerdings noch gar nichts geschehen. Die deutsche Regierung hat sich mit der Unterzeichnung des noch lange nicht in allen Einzelheiten fertigen Vertrages gerade deshalb vor der Konferenz in Locarno beeilt, um sich dort einen günstigen Resonanzboden zu verschaffen. Obwohl nicht zu verkennen ist, daß der jetzige Handelsvertrag eine größere Bedeutung hat, wie der Rapallo-Vertrag während der Konferenz von Genua, der aus denselben Motiven heraus geboren wurde.

Das deutsche Kapital kämpft immer hartnäckiger um seinen Profit, den es zum großen Teile an die Westmächte für Kriegskontribution hergeben muß. Der § 231 des Versailler Vertrages:

„Die Alliierten und Assoziierten erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

wird für die deutschen Delegierten der Angelpunkt der Debatte sein. Es war in letzter Zeit offensichtlich das Bestreben Englands und Frankreichs, Deutschland vor der Konferenz zu isolieren, um die Forderungen ihres Kapitals desto leichter durchzudrücken. Aus diesen Ursachen heraus haben die Mächte die Frage der östlichen Grenzen und Sicherungen nicht zur Diskussion zugelassen. Ja, noch mehr: sie ließen die Möglichkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Rußland sehr stark hervortreten. Also auch Rußland hat für seine Geschäfte mit den Westmächten eine Rückendeckung in Deutschland. Wenigstens peitscht es die Eifersucht der Konkurrenz auf und versucht sich die westlichen Kapitalisten gefügig zu machen. Um der Lappalie des Hundertmillioneneinkaufs in Deutschland mit deutschen Krediten hat Rußland in der letzten Zeit einen Tamtam gemacht, als handle es sich um Milliardeneinkäufe.

Die Westmächte haben ein ganz bestimmtes Interesse daran, daß Deutschland in den Völkerbund eintritt. Auch Deutschland hat dieses Interesse. Um aber die Schadensersatzansprüche seines Kapitals besser durchsetzen zu können, ist es gut, wenn es den russischen Wau-wau als Bundesgenossen an der Kette hat. In der russischen und französischen Presse sind in letzter Zeit die Meldungen nicht verstummt, daß Deutschland nicht ohne Rußland in den Völkerbund eintreten werde. So groß das Interesse des deutschen Kapitals an dem Eintritt Rußlands in den Völkerbund ist, die Meldungen tragen aber so sehr die russischen Wünsche zur Schau, als daß sich Rußlands Urheberschaft der Meldungen verkennen ließe. Dem deutsch-russischen Handelsvertrag werden bald andere folgen müssen, um dem preußischen Kukuk nicht allein die besten Rosinen aus dem russischen Kuchen auspicken zu lassen. Ist Rußland erst so mit dem Weltkapitalismus verästelt, wird es dem Weltproletariat auch leicht seinen Eintritt in den Völkerbund verständlich machen können. Tatsächlich dürfte der Eintritt Rußlands in den Völkerbund nur noch eine Frage der Zeit sein.

Zu dem Abschluß des Handelsvertrages war Herr Tschitscherin persönlich in Berlin: als Delegationsführer der „russischen Delegation" nach Deutschland. Ob sich die Proletarier nicht darüber wundern, daß einer der russischen Führer (die in Rußland ja bekanntlich in der „Arbeitsbluse" herumlaufen, nur eine Zweizimmerwohnung haben und ein „Einkommen wie die Arbeiter"), nicht in nähere Beziehung zu ihnen getreten ist? Etwa wie ihre Rußlanddelegationen zu der ihnen getreten ist? Etwa wie ihre Rußlanddelegationen zu den russischen Arbeitern? Der Zweck der Tschitscherin-Delegation in Deutschland und der deutschen Delegationen in Rußland war doch derselbe: Handelsbeziehungen der beiden Kapitalismen anzuknüpfen.

Rußland anerkannt durch den Handelsvertrag die westliche Demokratie, als deren Repräsentantin für die Hindenburg-Republik die deutschnationale Regierung Luther verantwortlich zeichnet. Er verspricht den deutschen Staatsbürgern dieselben Rechte, die seine Staatsbürger in Deutschland genießen. Und bis auf den lächerlichen Wahlumbau genießen schon jetzt Ausländer in Deutschland dieselben Rechte als Inländer. Auch Polizist und Zuchthausaufseher kann jeder Ausländer werden, wenn er die deutsche Staatszugehörigkeit erwirkt. Diese Möglichkeiten werden durch den Vertrag den Unterzeichnern beider Vertragschließender erleichtert.

Noch braucht Rußland das internationale Proletariat als weitere Stütze seiner Auslandspolitik für die anderen Staaten. Schließlich auch nach Abschlüssen von Handelsverträgen als Garantie für die Inmehalting aisd für den Fall der militärischen Bedrohung, die im kapitalistischen System immer akut ist. Es trifft sich aber in diesen Tagen gut, daß das deutsche Kapital bezüglich der Rußlandpolitik mit der KPD. auf einer Linie marschiert. Die bürgerliche Presse aller Schattierungen hebt lobend hervor, daß Rußland wieder ein gut Stück vorangekommen sei, sich der „breiten Rechtsgrundlage" der Demokratie, wie sie in Deutschland am ausgeprägtesten waltet, anzupassen.

Der Vertrag der beiden Kapitalismen ist jetzt aus freien Stücken des deutschen Unternehmertums zustandegekommen. Die KPD. hat dies nicht zustande gebracht, obwohl sie seit ihrer Existenz dafür eingetreten ist. Wenn die Proletarier der KPD. jetzt nicht zugeben daß in Deutschland Bolschewismus sei und die Arbeiter die Macht haben, müssen sie anerkennen, daß in Rußland Kapitalismus herrscht. Daß beide Kapitalismen einen Pakt schlossen, beide Arbeiterklassen auszubeuten.

Bayrische Intelligenzprobe.

An den bayerischen Volks-Fortbildungsschulen wirken 19060 Lehrkräfte, und zwar 12901 Volksschullehrer, 86 Fachlehrer und 62 sonstige Lehrkräfte. Die Zahl der Schüler beträgt 313 054 und zwar 143 341 (45,8 v. H.) Knaben und 169 713 (54,2 v. H.) Mädchen, 242 390 katholischen, 70 088 evangelischen und nur 576 sonstigen Bekenntnisses. — Wenn in einer bayerischen Gemeinde mit Genehmigung der Regierung, ein Wanderlehrkursus veranstaltet wird, so können die Fortbildungsschüler, für die der Kursus bestimmt ist, zum Besuche verpflichtet werden. Die Schüler sind dann vom Besuch der Volks-Fortbildungsschule mit Ausnahme des Religionsunterrichtes befreit. — Ja, ja! Rechnen, Schreiben, Lesen — alles dies ist nicht so wichtig! Aber Religion? Da darf der Schüler keine Stunde fehlen. — Wenn man bedenkt, daß wöchentlich bei 2½ Stunden Unterricht ½ Stunde für regelrechte Verdummung (man nennt das Religion) verwendet wird, so kann man sich die Wirkung dieser 20prozentigen Verblödung leicht ausmalen. Das Maß der zu leistenden Aufklärung ist viel, viel größer als man sich im allgemeinen vorstellt.

Was die Welt bewegt.

„Bei dem Rennen in Marseille ist der Starter, nachdem er viermal ein falsches Startzeichen gegeben hatte, infolge der Aufregung einem Herzschlag erlegen, als er, das fünftemal die Fahne schwenkte."

•

Herr Luther, könnten Sie nicht jeweils einige tausend der Gehirnerweichten mit der Fahne schwenken lassen? Es führt dies sicher zum Preisabbau.

Ausland

Lohnherabsetzung im niederländischen Bergbau.

Die niederländischen Bergwerksbesitzer haben eine Lohnherabsetzung um 5 Prozent und die Verlängerung der 46 stündigen Arbeitswoche auf 48 Stunden angekündigt. Die Bergarbeiterverbände lehnen eine Aenderung der bisher bestehenden Tarife zum Nachteil der Arbeiter ab.

Aussperrung bei Siemens u. Halske in Wien.

In dem Wiener Werk der Firma Siemens u. Halske trieben die Akkordarbeiter ihren Nadelstichpolitik. Einige kleine Gruppen traten in den Streik. Nach einer Woche entließ die Direktion sämtliche Arbeiter und Angestellte.

Aussperrung in der Waffenfabrik Steyr.

Die Oesterreichische Waffenfabrik A.-G. in Steyr hat ihre Arbeiter mit der Begründung, daß sie sich Gewalttätigkeiten gegen leitende Werksfunktionäre zu Schulden kommen ließen, ausgesperrt.

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

Achtung! Achtung!

Alle Genossen der AAU., die in den Betrieben der AEG. Brunnenstraße, Ackerstraße sowie bei Schwartzkopff beschäftigt sind, müssen ihre Adresse nebst genauem Beschäftigungsort (Betrieb, welche Abteilung) sofort senden an R. Beo, Berlin N., Reinickendorfer Straße 42, bei Fränkel.

Achtung! Partei- und Unionsgenossen!

Am Donnerstag, den 15. Oktober, abends 7 Uhr, finden in allen Bezirken gemeinsame Mitglieder-Versammlungen in den Unionslokalen statt.

6., 13. und 14. Unterbezirk: Freitag, den 9. Oktober, abends 7,30 Uhr in Neukölln, Nogatstraße 50 (Lokal Moldenhauer), gemeinsame Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung.

14. Unterbezirk (Cöpenick): Freitag, den 9. Oktober, abends 7,30 Uhr. Mitglieder-Versammlung in Cöpenick, Rudowerstraße 21.

19. und 20. Unterbezirk: Freitag, den 9. Oktober, Mitgliederversammlung (Ecke Sommer- und Seebeckstraße). Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schwantke-Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isenbeck, Berlin O 17, Langestr. 19.

Elementar-Bücher des Kommunismus

Der deutsche Bauern-Krieg
Von Friedrich Engels
Herausgegeben von Hermann Duncker
MIT ANHANG
Die Mark von Friedrich Engels und andere Beilagen
Mit 28 Illustrationen aus der Zeit
184 Seiten Preis 1.60 M.
Zu beziehen durch
Buchhandlung für Arbeiter-Literatur
BERLIN O 17 Warschauerstr. 49

6. Jahrg. Nr. 80 Preis 0.15 Mk

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Oktober 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Soc. Gesch. Amsterdam

Kapitalistische Politik oder internat. Klassenkampf

Von der November-Revolution, die den imperialistischen Weltkrieg beendete und die Welt mit Republiken überstäete, zeigt sich nichts mehr, als daß die Bourgeoisie mit allen Mitteln versucht, die „Errungenschaften" der kleinbürgerlichen Sozialdemokratie in eine politische Errungenschaft des Kapitals umzuwandeln, indem sie sich mit Hilfe der geschaffenen Demokratie zum politischen Herrscher auf der Weltbühne erhebt. Wenn einige Jahre nach der „siegreichen" Revolution noch ab und zu eine Welle der proletarischen Klassenpolitik gegen die reaktionären Errungenschaften der bürgerlichen Republik anbrausten, die jedoch mit Hilfe der Sozialdemokratie erstickt wurden, so scheint in der augenblicklichen Situation der letzte Impuls der revolutionären Aktion stagniert und gestorben zu sein.

Weil die Welt legalisiert ist, und die Demokratie regiert, wird die Revolution von den reformistischen Parteien grundsätzlich totgeschwiegen. Das Wort Klassenkampf verschwindet von der Bildfläche. Nur ab und zu, wenn die parlamentarischen Neuwahlen die Massen an ihre demokratischen Pflichten erinnern, machen die parlamentarischen Parteien, die SPD. und die KPD. den Versuch, die „Errungenschaften" der Novemberrevolution wieder aufzurischen. Manchmal wohl auch, wenn die Masse der Gewerkschaftsmitglieder aus den wirtschaftlichen Nöten heraus, nach den Gewerkschaftsführern rufen, um zum politischen Kampf vorzugehen, können diese Henkersknechte nicht umhin, den von ihnen am grünen Tisch mit dem Kapital beseitigten Achtstundentag, als heiliges Phantom in Erinnerung zu bringen. Im übrigen verwirft man es prinzipiell, „oder aus taktischen Gründen" von der proletarischen Revolution zu sprechen. Sie ist für die parlamentarischen Parteien Illusion geworden. Die „Wirklichkeit" steht für sie näher, der Parlamentarismus ist ihr politischer Kampfplatz und über das stehen andere Fragen im Vordergrund der politischen Weltbühne. Locarno — Völkerbund — Westpakt und die östliche Orientierung zu Rußland, kurzum, die kapitalistische Weltpolitik. Nicht die Politik des internationalen Klassenkampfes, sondern die imperialistische Weltpolitik bestimmt und beeinflußt die Politik der parlamentarischen Arbeiterparteien.

Während die Sozialdemokratie im Völkerbund ihr Ziel erblickt und in der „Versöhnung" der imperialistischen Staaten die Grundlage für den europäischen Frieden sieht, lehnt die KPD. im Interesse Rußlands den Westpakt ab. Diese politische Orientierung beider Parteien wird zur Grundlage ihrer Politik in den breiten Massen. Die Arbeiterklasse blickt nach Locarno oder nach Rußland, geblendet von den subjektiven Erscheinungen der kapitalistischen Politik und sieht nicht, wie sich hinter diesem bunten Mantel die kapitalistische Reaktion gegen die Arbeiterklasse aufrichtet. Unter dem Bannstrahl sozialdemokratischer und russischer Illusionen wird das Proletariat, das unter dem Einfluß der demokratischen Passivität vollkommen stagniert wurde, von seinen eigenen Klassenverhältnissen abgelenkt und mit den Interessen der Bourgeoisie geblendet.

Langsam, aber sicher unter dem Mantel der Demokratie, hat sich die Bourgeoisie in der ganzen Welt aus der Novemberohnmacht erholt, nicht nur um die wirtschaftliche Macht gegenüber der Arbeiterklasse wieder aufzurichten, indem die Lohnskaverei in doppelt verschärfter Form auftritt, sondern, indem sie auch ihre politische Reaktion trotz aller demokratischen republikanischen Staatsformen gegenüber dem Proletariat ungehindert aufbaut. Darüber hinaus sind alle Völkerbundspläne, alle Friedensbedingungen der Sicherheits-Pakts leere Phrasen. Ungeachtet aller dieser Abmachungen versuchen die einzelnen Staaten ungehindert die notwendige kapitalistische Wirtschaftspolitik auf dem Weltmarkt in der Richtung eines neuen imperialistischen Weltkrieges vorwärts zu treiben. Die Ohnmacht des Kapitalismus liegt lediglich darin, das der wirtschaftliche Unterbau sich nach wie vor in sich immer steigernden Wiedersprüchen windet, durch den vergangenen Weltkrieg total zersetzt, daniederliegt. Den ehernen Gesetzen seines Selbsterhaltungstriebes folgend führt das Kapital den verschärften imperialistischen Kampf um die Weltmacht, der darauf hinausführt, die sich ständig über den gesellschaftlichen Rahmen hinaus entwickelnde Konkurrenzmasse gewaltsam einzuschränken. China, Marokko, Kleinasien und Europa zeigen das Bild der imperialistischen Kolonialpolitik. Was noch 1920 und 1921 für unmöglich gehalten wurde, weil die innere wirtschaftliche Zerrissenheit der einzelnen Staaten, und die Klassenpolitik des Proletariats für sie eine weitgehende Außenpolitik verhinderte, ist Wirklichkeit geworden. Das Kapital hat es verstanden die Finanzwirtschaft zu stabilisieren und dem Proletariat mit Hilfe der Demokratie den politischen Boden zu nehmen. Unter unzähligen Ablenkungsmanövern der parlamentarischen Parteien hat die Bourgeoisie ihre Außenpolitik und die offene Reaktion gegen die Arbeiterklasse organisiert. Alle Erscheinungen, die den proletarischen Klassen Interessant gemacht werden, sind die Mittel und Wege der kapitalistischen Weltpolitik.

Die Wirtschaft ist nicht stabilisiert, das kreisende Chaos des kapitalistischen Systems vergrößert sich; tagtäglich zeigen sich neue Blasen des großen Zersetzungsprozesses, die objektiven Grundlagen der proletarischen Revolution stehen nach wie vor im Vordergrund der Entwicklung, wenn auch die politischen Bedingungen nicht erkannt werden. Das Proletariat schwebt, ist politisch ohnmächtig und sieht nicht, wie die Bourgeoisie

Geheimdiplomatie in Locarno

Die italienischen Blätter haben leider das Vertrauliche der Paktkonferenz, das ihnen auf den Tisch wehte, nicht für sich behalten können, sondern der Oeffentlichkeit übergeben. Sie haben dadurch das ruhige Versteckspiel ein wenig sensationeller gemacht. Sie haben verraten, daß die deutschen Ministerlinge Bedingungen ihre Zustimmung geben müssen, über die sich die deutsche Spießerseele der Nichterfüller aufregen würde. Denn alle die Forderungen des Paktentwurfs der Entente der deutschen Oeffentlichkeit zu unterbreiten, ehe sie durch die deutschen Diplomaten angenommen und im Geheimen nach Deutschland gebracht waren, hieße die gesamte Geheimdiplomatie zu sabotieren, und die Ruhe in Locarno zu stören. Man hat es wieder ausgeglichen. An allen Ecken des Konferenzortes sind Kriminalaufgebote aufgestellt, die den Schändling von Verräter suchen und den geheimen Vorgang der Verhandlungen überwachen sollen. Damit sich nicht wieder Verräter einschleichen können, die die offiziellen Verhandlungspunkte entheiligen, tagt man unter 4 Augen weiter. Luther und Briand haben diesen Reigen eröffnet, und daraufhin haben auch Stresemann und Chamberlain, und Vandervelde und Schubert sich von der Oeffentlichkeit der Sitzung zurückgezogen, um sich in gegenseitigen Aussprachen näher zu kommen. Damit sind die geheimen allgemeinen Sitzungen unterbunden und die breite Oeffentlichkeit ist nur auf die offiziellen Berichte der beratenden Einzelgruppen angewiesen. Währenddessen werden die Juristen zusammengetrommelt, die aus allen Streitfragen Rechtsfragen zu machen haben, an denen nichts mehr zu rütteln ist. D. h. auch die Juristen haben an den fertigen Verträgen nichts zu rütteln, sondern dieselben nur zu bestätigen.

Die breiten Massen blicken gespannt auf die Sensation in Locarno, und in Wirklichkeit ist alles Komödie. Komödie machen schon die vielen Pressevertreter, die aus dem Ausschluß der Oeffentlichkeit Sensationsberichte machen und die geheimsten Verhandlungen der Minister, untereinander, stürmen, um neue Presseschmiere zu bekommen, mit der die breite Masse verdummt wird.

Die Wirklichkeit von Locarno liegt klar aufgedeckt, es handelt sich nur darum, sie recht sensationell einzuleiten. Deutschland ist gezwungen, zu unterschreiben, um überhaupt noch mitzuspielen, und sei es vorläufig nur als Statist, und England und Frankreich spielen, weil sie ihre Politik von der Statistenrolle Deutschlands abhängig machen müssen, sie werden jedoch nie von ihrer Macht und den Bedingungen des Versailler Vertrages auch nur ein Atom abtreten. Und was den Punkt 16 der Völkerbundsbedingungen betrifft, so ist es lediglich ein guter Unterhaltungsstoff, denn in Wirklichkeit ist der ganze Vertrag eine imperialistische Formel, die sich durch die Macht löst. Der Sicherheitspakt ist außer dem Versuch der Konzentration des europäischen Kapitals zum Kampf gegen den äußeren Imperialismus und die inneren Unruhen, das Mittel, die gegenseitigen Machtfragen zu verschleiern.

Kämpfe in China.

Wie T.-U. meldet, ist es in der Nähe von Wulchow zu erbitterten Kämpfen zwischen den Truppen der Kantonregierung und den Truppen des Generals Tschengtschungming gekommen. Die Kämpfe dauern bereits mehrere Tage. Kanton gleicht einem Heerlager. Verwundete treffen ein und neue Truppen werden an die Front geschickt.

100 Mill. Kredit an Rußland

Ein neuer Sieg für die KPD., die ja mit ihren Delegationen die Parole aus Rußland mitbrachte: Förderung der deutsch-russischen Beziehungen! Förderung des russischen Wirtschaftsaufbaues durch die deutsche Industrie usw. Zur Bekräftigung dieser Aufbauinteressen unternahm Tschitscherin seine „Erholungsreise". Nun zeigen sich die ersten Interessen der deutschen Bourgeoisie an dem russischen Arbeiterstaat. Der russisch-russische Handelsvertrag ist abgeschlossen worden; die Vertreter des deutschen Kapitals haben Tschitscherin versprochen, daß sie nicht daran denken, durch den Garantiepakt mit Rußland zu brechen. Nicht nur versprochen hat man; das deutsche Kapital sichert sich durch Handlungen seine Interessenfragen, es verankert seine Kapitalien in Rußland, gewährt ihm zur Förderung des Handelsabkommens Kredite und wird in kurzer Zeit in das „Arbeiterland" deutsche Industrieprodukte exportieren.

Zwischen der russischen Staatsbank und einer deutschen Großbankengruppe unter Führung der Deutschen Bank und der Reichs-Kredit-Gesellschaft, Aktien-Gesellschaft, ist ein größeres Kreditabkommen über 100 Millionen Mark abgeschlossen. 75 Millionen sind davon Geldkredite und 25 Millionen gelten als Warenkredite. Sie sind kurzfristig und sollen Anfang 1926 getilgt werden, und sind für größere Warenbestellungen in Deutschland vorgesehen, die in den nächsten Wochen erfolgen sollen.

Die „Rote Fahne" hebt besonders hervor, daß es sich hierbei um ein Abkommen mit Privatbanken handelt. (Etwa aus diplomatischen Gründen, oder weil die privatkapitalistischen Interessen nicht kapitalistisch sind? D. Red.) Sie schreibt weiter: „Auch dieses Abkommen kann als ein Erfolg der russischen Außen- und Wirtschaftspolitik gewertet werden. Etwa im Interesse der Befreiung des deutschen Proletariats? Vielleicht ist das deutsche Kapital kommunistisch geworden?!

Die deutschen Kulitöne auf dem Weltmarkt

Das Deutsche Kapital hat nur die Möglichkeit, auf Grund der ungeheueren Ausbeutungsbedingungen gegenüber dem deutschen Proletariat, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Diese Ausbeutung reicht weit über die deutschen Grenzen hinaus und wird selbst bei den ausländischen Proletariern angewandt, die sich infolge der allgemeinen Krise und Arbeitslosigkeit der deutschen Schmutzkonkurrenz verkaufen müssen. Die Firma Siemens-Schuckert hat infolge der deutschen Kulitöne von der irischen Regierung den Auftrag erhalten, im Gebiet des Channom die Elektrifizierung durchzuführen, also Irland seine Produktionsstätten aufzubauen. Zu diesem Unternehmen werden nicht nur deutsche, sondern ein großer Teil inländischer Proletarier gebraucht. Neben diese Arbeitskräfte, die nach den Abschlüssen mit der britischen Regierung nach deutscher Lohnkalkulation bezahlt werden, brauchen nicht importiert werden und die den deutschen Arbeitern zukommenden Spesen fallen fort. Die irischen Arbeiter haben doch gegenüber den deutschen sich wegen der schlechten Wirtschaftsverhältnisse dem deutschen Kapital zu verkaufen. Nun sind die irischen Arbeiter, die mit 32 Schilling Wochenlohn bezahlt werden, in Ausstand getreten. Es ist dabei zu einem Angriff auf die Arbeitswilligen gekommen, wobei die Zivile Polizei eingriff und einige verletzte Proletarier auf der Strecke blieben. Die Bewegung hat sich daraufhin erweitert, die irischen Dockarbeiter haben beschlossen, keine deutsche für den Channom bestimmten Schiffsladungen zu entladen. Aus diesem Bild tritt wieder einmal der moderne kapitalistische Sklavenhandel hervor, die internationale Vertretung und Ausbeutung der proletarischen Klasse.

Demonstrationen zu Mossul.

In Konstantinopel fanden anläßlich des Jahrestages des Einzuges der Angoratruppen Nationalfeiern und Demonstrationen statt die sich gegen die englische Politik in Mossul wandten. Demonstrierende Studentengruppen und Kreise der türkischen Bourgeoisie zogen zur englischen Botschaft und demonstrierten für die Rückgabe Mossuls und gegen die Herrschaft England. Die Mossulfrage wird täglich zu einem brennenderen Punkt imperialistischer Auseinandersetzungen.

unter den Erscheinungen der sich ständig zuspitzenden Klassenverhältnisse einen direkten Offensivkampf eröffnet. Die Arbeiterklasse läßt sich blenden durch den Völkerfrieden, durch die Diplomatie der europäischen Kapitalsmächte in Locarno oder durch die russische Außenpolitik. Große Arbeitermassen erhoffen aus diesem kapitalistischen Manöver bessere Lebensbedingungen im Kapitalismus, eine Steigerung der Produktion und damit verbunden Arbeits- und neue bessere Lebensmöglichkeiten. Sie hoffen im Wahn sozialdemokratischer oder russischer Illusionen und sehen nicht die Wirklichkeit und den reaktionären Klassenkrieg des Kapitals. Sie sehen hinter dem Mantel der kapitalistischen Friedenspolitik nicht das Instrument des kriegbringenden Imperialismus und des Krieges gegen die Arbeiterklasse. Die Wirtschaftskrise steigt, selbst die Handelsabkommen mit Frankreich und Rußland sind nur zu gering, um von einer Wirtschaftsstabilisierung zu sprechen. Die Betriebsstillegung und die Arbeitslosigkeit ist im Steigen begriffen, die Klassenlage des Proletariats wird immer schlechter. Allüberall ist das Proletariat gezwungen zu kämpfen, wobei es auf Grund der politischen Ohnmacht die zerrüttete Grundlage nicht zu erkennen und sich der Gewerkschaftspolitik zu ergeben, von der politischen Offensive des Kapitals geradezu provoziert wird. Hunderttausende von Proletariern liegen im Lohnkampf auf der Straße, ohne zur politischen Initiative überzugehen, abgesehen von den ca. 700 000 Proletariern, die in Deutschland arbeitslos sind. Das Proletariat begreift trotz aller Provokation durch das Kapital nicht, daß es vor der Notwendigkeit der Revolution steht. Die Wirtschaftskämpfe werden sich vermehren und vergrößern. Nicht nur in Deutschland, sondern international. In allen anderen Staaten, eingerechnet Rußland, zeigen sich dieselben Symptome. Sie können und werden nicht bei reformistischen Lohnkämpfen bleiben, denn sie entspringen den sich steigernden internationalen Klassenverhältnissen. Das Proletariat muß begreifen, daß diese Wirtschaftskämpfe Machtkämpfe sind; politische Kämpfe, für die das Kapital den Staat und die gesamte Bourgeoisie als Stütze des Staates, und die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als Büttel des Staates zur Hilfe ruft. Noch verhindern es die Gewerkschaften, aus ihnen politische Kämpfe um die Macht zu machen und sie stützen damit die politische Reaktion des Kapitals. Darum ist es Aufgabe der Arbeiterklasse, die Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, alle kämpfenden Proletarier zur politischen Aktion aufzurufen.

Hierbei ist zu beachten, daß dieselben Instrumente, die augenblicklich das Interesse der Arbeitermassen auf sich lenken, Völkerbund und Sicherheitspakt, die Instrumente der kapitalistischen Klassensolidarität gegen das revolutionäre Proletariat sind.

Darum hat sich die Arbeiterklasse nicht für den Völkerbund oder für Rußland zu interessieren, sondern für den organisierten internationalen Klassenkampf gegen den Imperialismus und gegen den Völkerbund.

Dankt an die politischen Gefangenen!

Politische Rundschau

Tschitscherin bei Hindenburg

Die „Rote Fahne" für die Selbständigkeit der Nationen.

Uns wundert es nicht, daß Tschitscherin, der als offizieller Vertreter des russischen Staates der deutschen Bourgeoisie einen Besuch abstattete, um die beiderseitigen Interessen zu verbrüdern, auch bei dem Vertreter der deutschen Freiheit, dem nationalrepublikanischen Reichspräsidenten Hindenburg, vorsprach. Wir können aber nicht umhin, die Erklärung der „Roten Fahne" vom 7. Oktober in dieser Beziehung, die für die internationale Klassenkampfpolitik der KPD. charakteristisch ist, dem Proletariat nochmals vor die Augen zu halten. Sie sagt:

„Der erste proletarische Staat, der die nationale Freiheit und Selbständigkeit aller Völker auf seine Fahne geschrieben hat, der es jedem Volk selbst überläßt, seine eigenen Angelegenheiten zu ordnen, kann es nicht vermeiden, auch mit den reaktionärsten Regierungen zu verhandeln über die Beziehungen von Nation zu Nation!"

Dieser Ausspruch ist nicht nur charakteristisch, er ist wert, festgehalten und angeprangert zu werden, denn er ist historisch gezeichnet mit dem Siegel des Verrats an den internationalen Klasseninteressen des Proletariats.

Rußland zum Völkerbund

Internationale Prinzipien.

Angesichts der in der Mitte der Entente selbst zur Geltung gekommenen unversöhnlichen Gegensätze wird der Völkerbund — sollte er auf dem Papier auch zustande kommen — nur die Rolle einer heiligen Allianze der Kapitalisten zur Unterdrückung der Arbeiterrevolution spielen. Die Propagierung des „Völkerbundes" ist das beste Mittel, das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiterklasse zu verwirren. Anstatt der Losung einer Internationale der revolutionären Arbeiterrepubliken wird die Losung einer Vereinigung scheinbarer Demokratien, die durch eine Koalition des Proletariats mit den bürgerlichen Klassen erreicht werden soll, ausgegeben.

Der „Völkerbund" ist eine trügerische Losung, mittels deren die Sozialverräter im Auftrage des internationalen Kapitals die Kräfte des Proletariats spalten und die imperialistische Gegenrevolution fördern."

(Thesen auf dem Gründungskongreß der 3. Internationale 1919)

Nationale Prinzipien.

(OE.) Moskau, 6. Oktober. In ihrem heutigen der Konferenz von Locarno gewidmeten Leitartikel schreiben die „Iswestija": „Die Konferenz dient nicht zum Heil des deutschen Volkes. Sie ist eine Etappe auf dem Wege zur Unterwerfung Deutschlands unter die Entente und dies ist der Hauptgrund, warum die öffentliche Meinung in der Sowjetrepublik sich so kritisch zu den Verhandlungen von Locarno verhält und zu ihrem Resultat, das leicht vorausgesehen werden kann." Weiter heißt es dann, ein starkes selbständiges Deutschland wäre ein Element zur Schaffung eines neuen Gleichgewichts in Europa, welches durch den Vollsieg der Entente vernichtet worden sei. Ein sich der Siegerfront freiwillig einfügendes Deutschland dagegen könnte ein solches Element nicht darstellen, ohne doch den Krach des in Versailles entstandenen Kräfteverhältnisses lange hinausschieben zu können.

(„Rote Fahne" am 9. Oktober.)

Ist dieses nationale Prinzip etwa nicht das Mittel, den internationalen Klassenkampfgedanken zu verwirren?

D. Red.

Zuwachs zur KPD.

Einer der Rußlandfahrer, der auch von den heiligen Arbeiterstaat überzeugt wurde, der Delegierte Brotag, ist nun auch in die Rolle eines Märtyrers eingetreten. Die SPD. hat ihn ausgeschlossen und seinen Ausschluß veröffentlicht. Die KPD. wird ihn bejubeln, denn sie hat ein neues, überzeugtes Mitglied gewonnen.

Ein Klassenurteil

Die bürgerliche Justiz hatte sich vor einigen Tagen mit der Anklage gegen einen verwegenen Lehrlingszüchter zu befassen, der einen Lehrling totgeschlagen hatte. Es handelt sich dabei um den Schlächtermeister Junghänel aus der Wollankstraße in Pankow, der seinen Lehrling Kühne mit einem Besenstiel auf den Kopf geschlagen, daß die Schädeldecke zertrümmert war, woran der Lehrling starb. Der Arzt, dem auch nichts um ein elendes Proletarierleben zu tun war, gab die Leiche ohne weiteres frei. Erst nachdem wurde durch einen anonymen Brief die Ursache des Todes festgestellt und die Untersuchung eingeleitet. Der Lehrling hatte einen Hammel nicht nach dem Wunsch dieses Mörders getragen, warum er ihn niederschlug.

Wie entschied nun das Gericht? Das Gericht entschied wegen des hohen Empfindens des Mörders, der nicht sehen konnte, daß ein Hammel, von denen er Hunderten den Garaus macht, an der Erde geschleift wurde, für mildernde Umstände auf 6 Monate Gefängnis.

Für die Bourgeoisie ist ein Menschenleben des Proletariats nicht soviel wert, als ein Hammel, denn der Proletarier ist ihr Klassenfeind. Der „Vorwärts" erklärt die Mordtat dieses Bourgeois mit der kleinen Gefängnisstrafe für gesühnt.

Die Rußlandfahrer in der Betriebsversammlung der AEG.-Turbine

Der AEG.-Konzern hat bekanntlich nach der Meldung des Betriebsrats keinen eigenen Delegierten „gefunden", daher mußten andere Rußlandfahrer Bericht erstatten.

Als Berichterstatter fungierten Vogelsang (SPD.) und Zahn von der KPD. Vogelsang sprach als erster und gab den hauptsächlichen Bericht. Vogelsang sprach über 1½ Stunde. Er ist kein geschickter Redner, sein Bericht war mehr eine Erzählung als eine Rede. Die sozialen Reformen waren sein Hauptmoment in seiner Berichterstattung. Er hat sich überzeugt, daß die Bolschewiki richtig gehandelt haben und noch handeln. Er ist jedoch kein Kommunist geworden und ist noch heute SPD.-Mitglied. Der Bericht erstreckte sich nur auf das Industriegebiet, das er bereist hat, Leningrad, Moskau und die Krim. Für denjenigen, der die russische Literatur verfolgt, hat der Bericht nichts neues gebracht. Ferner berichtet er, daß in Rußland im allgemeinen das Akkordsystem Anwendung findet. Auch sprach er von den „roten Direktoren", die in Rußland in Betrieben gewählt werden. Sie erhalten ungefähr 100 Rubel als Lohn, während aber die technischen Direktoren 400 Rubel verdienen. Die Delegierten konnten besichtigen, was sie wollten, doch sagt Vogelsang selbst, daß sie von Delegationen aus den Betrieben empfangen wurden. Auch hat er offen ausgesprochen, daß die Proletarier in Rußland nicht besser leben als hier. Einen Ueberblick über Rußland, von seinen ökonomischen geschichtlichen Verhältnissen gesehen, und wohin die russische Wirtschaft führt, hat er nicht gegeben. Nicht einen Satz hat er über das Verhältnis der Bauern zum Staate gesprochen, noch weniger davon, ob sich die Bauernwirtschaft in sozialistischen Bahnen bewegt. Objektiv muß man über den Bericht des Vogelsang sagen, daß er von keinen Schönfärbereien getragen war und nur das sagte, was er auf seiner Reise gesehen hat. Wir wissen, daß ihn sein sozialdemokratischer Horizont nicht mehr sehen lassen konnte. Der Endeffekt seiner Rede war natürlich, die parteipolitischen Differenzen nicht in den Vordergrund zu stellen, um die gewerkschaftliche Einheit zu schließen.

Nach ihm sprach der KPD.-Delegierte Zahn, der kurz sprach und absolut nichts ergänzte und keinen neuen Moment in den Bericht brachte. Doch ließ er mehr durchblicken, was der eigentliche Zweck der Rußlandfahrer sei, nämlich die Einheitsfront Moskau-Amsterdam herzustellen.

Als erster Diskussionsredner sprach ein Genosse der KAP. aus der AEG. Turbinenfabrik. Er ging zuerst auf die Entwicklung Rußlands von 1917 bis heute ein, was beide Berichterstatter nicht getan hatten, und zeigte, was die Ursachen waren, die zum heutigen Rußland geführt haben. Er führt aus, daß die heutigen russischen Verhältnisse auf das Versagen des westeuropäischen Proletariats zurückzuführen sind, und daß die SPD. und die Gewerkschaften die russische Revolution erledigt hätten. Der KAP.-Genosse führte weiter aus, daß wir den Bolschewiki keinen Vorwurf machen, daß sie noch nicht den Kommunismus verwirklicht haben. Das können sie infolge der ökonomischen Entwicklung in Rußland nicht. Wir klagen sie nur deswegen an, daß sie die heutigen russischen Verhältnisse, die keine kommunistischen sind, als kommunistische ummünzen. Er zitierte nun das Material der „KAZ.", das sich auf die russischen Staatszeitungen beruft, sie erklärt extra, daß das Material nur aus der bolschewistischen Presse stamme. Die „KAZ." brachte in ihrem Material zum Beispiel eine Aeußerung des gerade anwesenden Delegierten Vogelsang, der sich äußerte, daß die Lohndifferenzierungen zu groß seien. Der Genosse verlas die Aeußerung Vogelsangs und fragte ihn sofort persönlich auf der Bühne, ob das stimme, was derselbe bestätigte. Darauf zeigt er weiter auf, daß in einem Lande, wo die Arbeiter die Macht haben sollen, solche kolossal hohen Differenzen nicht vorhanden sein können. Dann ging der Genosse auf die Sowjetwahlen ein und zitiert aus der „Prawda", daß sich nur 30 Prozent an den Wahlen beteiligen, und forderte die Rußlandfahrern auf, darüber nachher zu antworten. Ferner erklärt er, daß die sozialen Reformen, die Rußland einführt, noch nicht beweisen, daß Rußland zum Kommunismus marschiert, da dieselben auch im Interesse einer bürgerlichen Entwicklung liegen. Nun ging der Genosse zu der Frage des Ost- und Westpaktes über und wies nach, daß das nicht die Frage des Proletariats ist. Auch der Ostpakt zwischen Deutschland und Rußland ist keine Voraussetzung für die Revolution, da das Proletariat durch die russischen Handelsverträge keine kommunistischen Fortschritte erzielt, und die ausgebeutete Klasse in Deutschland bleibt. Nicht der deutsche kapitalistische Staat kann dem russischen Proletariat helfen, sondern nur die revolutionäre Tat des deutschen Proletariats. Er wies nach, daß in Rußland die Bauern bestimmen, da der Boden Rußlands nicht kommunalisiert ist. Aus diesen Gründen kann Rußland nicht kommunistisch sein.

Bis hierher hörte man den KAP.-Genossen ruhig an, als er aber erklärte, daß das russische Proletariat sogar durch Streiks seine Existenz erkämpfen muß, und nicht Konterrevolutionäre streiken, sondern Proletarier, setzte die Zelle der KPD. mit ihrem Geschrei ein und hinderten unseren Genossen am weitersprechen.

Im Schlußwort der Rußlandfahrer entpuppte sich nun Zahn von der KPD., wer er wirklich ist. Er zeigte, daß er moralisch noch unter den SPD.-Mann Vogelsang steht. Nicht das geringste versuchte dieser Mensch, der sich Kommunist nennt, von den Ausführungen unseres Genossen zu widerlegen, sondern erklärte ihn als einen Konterrevolutionär.

Vogelsang sprach auch noch einmal, ging jedoch auch nicht auf die Angriffe unseres Genossen ein und sprach nur noch ein paar sentimentale Einigungsworte.

Wenn man das Fazit der Versammlung zieht und den Zweck der Rußlandfahrer betrachtet, so muß man feststellen, daß die KPD. nicht das geringste erzielt mit ihrer Parole der Gewerkschaftseinheit. Doch eins haben wir gesehen, daß die KPD. sich immer mehr zur SPD. orientiert. Wer heute versucht, aufzuzeigen, daß es zwischen revolutionären Proletariern und der SPD. nie eine Einheitsfront geben kann, der stört den Rechtskurs der KPD. und ist nach der KPD. Konterrevolutionär. Merken wir uns das.

Ei Spiegelbild der Wirtschaft.

In einer Aufsichtsratssitzung der bekannten Stoewer-Werke, Stettin, (Fahrräder, Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Automobile) wurde bekannt gegeben, daß die Beschäftigung der Werke befriedigend ist. Der Umsatz übersteigt den des Vorjahres. Aber trotzdem wird nicht nur keine Dividende ausgeschüttet, die Gesellschaft hat obendrein noch beträchtliche Bankschulden! Allerdings hofft der Aufsichtsrat, daß die Schulden bis Ende des Jahres abgedeckt sein werden. Sie werden sich nicht täuschen, die Herren. Nicht die Aktionäre werden arbeiten müssen und hungern, das werden die Stoewer'schen Proletarier aus freien Stücken für ihre „Wohltäter" tun. Die Gewerkschaftsdisziplin verlangt das.

Die Marx'sche Werttheorie

II.

(Teilung der Arbeit, Privateigentum, Warenproduktion.)

Legen wir der bürgerlichen Oekonomie die Frage vor, was sie unter Kapital versteht, so antwortet sie darauf folgendes: „Das Kapital besteht aus Rohstoffen, Arbeitsinstrumenten und Lebensmitteln aller Art, die verwandt werden, um neue Rohstoffe, neue Arbeitsinstrumente und neue Lebensmittel zu erzeugen. Alle diese seine Bestandteile sind Geschöpfe der Arbeit, Produkte der Arbeit, aufgehäufte Arbeit. Aufgehäufte Arbeit, die als Mittel zu neuer Produktion dient, ist Kapital." (Prof. Roscher: Grundlagen der Nationalökonomie.)

Das ist die kurze, bündige Erklärung des Begriffes Kapital gemäß den Lehren der bürgerlichen Oekonomie. Also „aufgehäufte Arbeit, die als Mittel zu neuer Produktion dient, ist Kapital". Danach wäre schon der erste Pflug, der erste Pfeil und Bogen, die erste Steinaxt, ja das erste menschliche Werkzeug überhaupt Kapital, denn sie alle enthalten ganz unzweifelhaft „aufgehäufte Arbeit, die als Mittel zu neuer Produktion dient". Sollte sich also jemand von uns eingebildet haben, daß das Zeitalter des Kapitalismus erst einige hundert Jahre zähle, so belehren ihn die bürgerlichen Oekonomen und ihre moderne Nachtreter eines besseren. Nach ihnen hat es schon immer Kapitalisten gegeben. In der Urgeschichte wimmelt es davon. Die Krupp, Bleichröder, Stinnes können also auf einen viel älteren Stammbaum, eine längere Ahnenreihe zurückblicken, als irgend ein Junker, der noch heute auf dem Schlosse seiner Väter sitzt. Und wenn dereinst beim Erkalten der Sonne der letzte Eskimo am Aequator erfriert, so wird er dies tun in dem gehobenen Bewußtsein, als Kapitalist sein Dasein zu beschließen, denn er wird während seines noch so miserablen Lebens „Arbeit aufgehäuft" haben müssen, um sie zu weiterer Produktion zu verwenden.

Diese obige Erklärung ist ganz der beschränkten Denkweise der bürgerlichen Oekonomie würdig, welche überdies die willkommene Nutzanwendung zuläßt, die Einrichtungen der heutigen Gesellschaft als ewige Institutionen zu proklamieren. Das Kapital besteht aus Produktionsmitteln usw., folglich sind die Produktionsmittel Kapital. Das ist dieselbe Argumentation, die Schopenhauer so persifliert: „Jede Gans hat zwei Beine; du hast zwei Beine, folglich bist du eine Gans." Was ist ein Negersklave? Ein Mensch von der schwarzen Rasse. Die eine Erklärung ist der andern wert.

„Ein Neger ist ein Neger. In bestimmten Verhältnissen wird er erst zum Sklaven. Eine Baumwollspinnmaschine ist eine Maschine zum Baumwolle spinnen. In bestimmten Verhältnissen wird sie zu Kapital. Aus diesen Verhältnissen herausgerissen ist sie so wenig Kapital, wie Gold an und für sich Geld oder der Zucker der Zuckerpreis ist." (Marx: Lohnarbeit und Kapital.) Dasselbe Schicksal wie das Kapital erfahren alle übrigen Begriffe der politischen Oekonomie. Wie es nach ihr seit jeher Kapitalisten gegeben, so hat seit jeher Warenproduktion existiert. Alle Waren haben offenbar das gemeinsam, daß sie Arbeitsprodukte sind, können — allgemein gesprochen (Vergleiche Marx: Kapital. Bd. I, 3. Aufl., Seite 73) — nicht zu Waren werden. Indessen sind Arbeitsprodukte keineswegs notwendigerweise Waren. So wenig ein Neger von Natur ein Sklave, so wenig ein Mensch von Natur ein Lohnarbeiter, so wenig ein Weib von Natur Prostituierte, weil es unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen seinen Leib verkauft, ebenso wenig ist ein Arbeitsprodukt von Natur Ware.

Allein die bürgerliche Oekonomie kennt für die Verwandlung der Arbeitsprodukte in Waren keine zeitliche Schranke, weil sie die Geschichte der Vergangenheit nicht kennt; und falls sie sie kennt, begeht sie nichtsdestoweniger die tollsten Anachronismen (Vorstöße gegen die Zeitrechnung) infolge ihrer Befangenheit in den spezifisch bürgerlichen Anschauungen, nach denen sie sich die ökonomischen Beziehungen zwischen den Menschen der Vorzeit phantastisch zurecht konstruiert.

Da „die Oekonomie keinen anderen Wert kennt, als den Wert von Waren" (Engels: Antidühring, 1886, Seite 295), die Erscheinung des Wertes also an die Erscheinung der Ware geknüpft ist, so betrachten wir zunächst die geschichtlichen Voraussetzungen, an welche die Entstehung von Waren gebunden ist. Wie die Geschichte lehrt, hat in den ältesten Gemeinwesen, deren gesellschaftliche Zusammengehörigkeit auf den Banden der natürlichen Abstammung und unentwickelter Produktion beruhte, ausnahmslos Gemeineigentum geherrscht. Die Produktion war gemeinsam, die Verteilung der gewonnenen Produkte gleichmäßig und den Bedürfnissen der einzelnen Mitglieder angepaßt. Die Befriedigung der Bedürfnisse fand ihre natürliche Grenze in dem verhältnismäßig niedrigen Entwicklungsgrad der Produktivität der Arbeit. Teilung der Arbeit fand sich garnicht vor oder nur in ganz geringem Umfang, vornehmlich die zwischen Mann und Weib, begründet durch die geschlechtlichen Unterschiede. Diese Gemeinwesen lebten von der Hand in den Mund. Ausfälle im Ertrage ihrer Arbeit hatten sie gemeinsam zu tragen. Die Erlangung des Lebensunterhaltes war eine mehr oder minder unsichere. Die Abhängigkeit von der Natur, aber auch die unbedingte Herrschaft über die Geschöpfe ihrer Arbeit charakterisiert ihre Existenz.

Hier kann natürlich von Austausch keine Rede sein, denn es fällt sofort ins Auge, daß derselbe innerhalb einer auf gemeinsamen Eigentum begründeten Gesellschaft nicht eintreten kann. Ein Warenaustausch setzt zwei sich gegenüberstehende Kontrahenten voraus, die das ausschließliche Verfügungsrecht, das volle Privateigentum an ihren Waren besitzen. Es dürfen Dritte also kein Anrecht darauf haben. Uneingeschränktes Eigentumsrecht besitzen hier aber nur die Gemeinwesen als solche, und nur die Gemeinwesen als solche könnten hier Austausch unter einander vollziehen.

Damit ist indessen erst die Möglichkeit, keineswegs die Notwendigkeit desselben gegeben. Dazu müssen verschiedene Vorbedingungen erfüllt sein. Austausch ist undenkbar bei Menschen, deren Arbeit verhältnismäßig unproduktiv ist und nur das zum Leben Hinreichende liefert. Es ist also eine gewisse Höhe, eine Ergiebigkeit der Produktion erforderlich, welche einen Ueberschuß über den unmittelbaren Bedarf erzielt. Dies ist die erste Voraussetzung.

Jener Ueberschuß an Produkten indessen kann auch erst unter bestimmten Bedingungen zum Austausch führen. Zwischen Gemeinwesen, die auf völlig gleicher Stufe stehen und gleiches produzieren, kann er nicht eintreten. Er ist daher nur möglich entweder zwischen solchen, welche die natürliche Beschaffenheit ihrer Wohnsitze einen Ueberschuß an verschiedenartigen Produkten gewinnen läßt, oder solchen, die überhaupt auf verschiedener Entwicklungsstufe stehen, zum Beispiel zwischen nomadisierenden Hirtenvölkern und höher stehenden Ackerbau treibenden Stämmen. (Siehe Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums, des Staates. 1884, Seite 129.) Hier haben wir die zweite Voraussetzung des Warenaustausches. Das Vorhandensein eines gewissen gesellschaftlichen Reichtums und einer gewissen Teilung der Arbeit ist also die Grundbedingung des Warenaustausches.

Relativ bedeutenden Reichtum finden wir, wenn wir auf die vorgeschichtliche Entwicklung der Menschheit einen Blick werfen, zuerst bei jenen barbarischen Völkern vor, bei denen die Viehzucht die herrschende Form der Produktion des Lebensunterhaltes bildete. (Siehe Engels: Ursprung der Familie usw., Seite 29 und ff.) Man sieht daher, wie unsinnig es ist, wenn Adam Smith und David Ricardo, Menschen, die noch auf der Stufe der Wildheit stehen, wo vornehmlich Fischerei und Jagd die unmittelbarsten Lebensmittel liefern, ganz lustig Austauschgeschäfte treiben lassen. Mit der Anhäufung gesellschaftlichen Reichtums ist aber auch schon der erste Schritt zur Zersetzung jener auf Gemeineigentum begründeten Gesellschaft getan. Die nächsten wichtigsten Folgen der fortgeschrittenen Produktion sind die Entstehung der Sklaverei und des Privateigentums. Die weit über den individuellen Bedarf steigende Ergiebigkeit der Produktion ließ einerseits die Möglichkeit der Sklaverei offen, andererseits schuf der rasch wachsende Reichtum, namentlich an Herden, der mehr Arbeitskräfte erforderte, als die Gesellschaft zu produzieren imstande war, ihre Notwendigkeit. Ferner ließ die Steigerung des Reichtums seine Verwandlung in Privateigentum zu, ohne daß das Interesse der Gesamtheit oder eines einzelnen Mitgliedes verletzt zu werden brauchte, während der Umstand, daß die Erhaltung und Vermehrung des Herdenreichtums an der beschränkten Fruchtbarkeit und Ausdehnung einer gegebenen Strecke Landes ihre natürliche Grenze fand, notwendigerweise seine Spaltung und Aufteilung herbeiführen mußte. Wir finden daher bei den ältesten Hirtenvölkern bereits Privateigentum an Vieh und Menschen vor. Die Entstehung des Privateigentums an Grund und Boden gehört erst einer viel späteren Epoche an.

Die erste Teilung der Arbeit führt also zum Austausch zwischen verschiedenen Gemeinwesen, zur Spaltung der Gesellschaft selbst in Klassen von Unterdrückern und Unterdrückten und schließlich zur Verwandlung des beweglichen Gemeinbesitztums in Privateigentum. Die Rückwirkung dieser neuen Momente auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Einrichtungen übergehen wir. (Die gewaltigen Folgen, z. B. Sturz des Mutterrechts, Entstehung der monogamen Eheform, findet man in der bereits zitierten Schrift von Engels.) Was hier betont werden muß, ist, daß die Entstehung des Warenaustausches gebunden ist an eine bestimmte Entwicklung der Produktivität der Arbeit, die uns als Teilung der Arbeit gegenübertritt.

Und ebenso ist die weitere Entwicklung des Austausches wie der Warenproduktion gebunden an die weitere Entwicklung der Teilung der Arbeit, also abhängig von der ökonomischen Struktur der Gesellschaft. „So können in großen Umrissen asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden." (Siehe Karl Marx: Zur Kritik der politischen Oekonomie.) Die verschiedenen Epochen unter dem Gesichtspunkt der Warenproduktion zu betrachten, würde hier zu weit führen. Es sei nur bemerkt, daß das, was wir heute als Warenproduktion ansehen, noch sehr jungen Datums ist und in dem Umfang als fast ausschließliche Form der Produktion nicht seit jeher bestanden hat. Es ist klar, daß der ursprünglich zufällige Charakter des Warenaustausches und seine Abhängigkeit von dem Steigen des Arbeitsertrages über das Maß des notwendigen Lebensunterhalts hinaus die Erzeugung von Produkten direkt für den Austausch als eine wesentliche Form der Produktion nicht zuließ. Erst sobald der Austausch dauernde Bedürfnisse geschaffen hatte und zur Regel wurde, war die direkte Produktion für denselben eine Notwendigkeit. Der Austausch nach außen wirkte rückschlagend nach innen; es setzten sich Wechselbeziehungen fest, welche die Produktion von Waren zu einer besonderen Funktion der Gesellschaft machten und zu einer ständigen Ausdehnung derselben führten. So erzeugte Teilung der Arbeit zwischen verschiedenen Gemeinwesen Teilung der Arbeit innerhalb ihrer selbst. Sie bildet die notwendige Voraussetzung der Warenproduktion, indessen wirkt diese naturgemäß auf die weitere Entwicklung jener zurück.

Die primitive Produktion von Waren nahm einen verhältnismäßig geringen Teil der gesellschaftlichen Arbeit in Anspruch; die Produktion für den eigenen Bedarf war ihre Hauptaufgabe; diese bildet nicht nur in der antiken, sondern auch in der mittelalterlichen feudalen Gesellschaft den wesentlichsten Zug. Heute dagegen finden wir in den Ländern mit entwickelter Industrie fast ausschließlich Warenproduktion vor, Erzeugung von Produkten für fremden Bedarf. Die Entwicklung bewegt sich in einem Gegensatz; sie besteht in der allmählichen Umbildung der Produktion für den eigenen in Produktion für fremden Bedarf, in der fortschreitenden Verwandlung aller Arbeitsprodukte in Waren.

Insofern als die verschiedenen oben angeführten Epochen Stufen in der ökonomischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft darstellen, werden in ihnen die Warenproduktion und die ihr entsprechenden Austauschverhältnisse von besonderen Gesetzen beherrscht, die unter sich ebenfalls eine Entwicklungsreihe bilden. Da die Epoche der modernen bürgerlichen Gesellschaft, als deren Grundlage wir die kapitalistische Produktionsweise vorfinden, die am höchsten ausgebildete Form der Warenproduktion ist, so sind auch die sie beherrschenden Gesetze am höchsten ausgebildet und in allgemeinster Geltung.

Obwohl wir so ihre klassische Form in der heutigen Gesellschaft vor uns haben, so ist es doch für das Studium ihrer Gesetze von Vorteil, auf frühere, unentwickeltere, aber auch weniger verwickelte Formen zurückzugehen. Das Verständnis ökonomischer Erscheinungen erfordert es, sie dort zu beobachten, wo wir ihrer in der ungetrübtesten Gestalt, am wenigsten mit fremden, unwesentlichen Begleiterscheinungen vermengt, habhaft werden können; andererseits handelt es sich darum, Erscheinungen, welche die Gegenwart bietet, als das notwendige Resultat einer Reihe von zusammenhängenden Entwicklungsformen nachzuweisen, die der Vergangenheit angehören.

(Fortsetzung folgt.)

Hinter den Kulissen der Demokratie

Barmat-Theater — Die Sozialdemokratie am Pranger — Das Justizministerium auf der Anklagebank

Der preußische Barmat-Ausschuß hat am Dienstag, den 6. Oktober seine „Beweisaufnahme" beendet. Die Korruptionskloake, genannt Preußische Staatsbank, haben wir genügend beleuchtet, als die Schweinereien begannen die Luft zu verpesten. Es erübrigt sich, nochmals darauf einzugehen. Die „Geschäftsführung" dieses ehrenwerten demokratischen Finanzinstituts stellt alles in den Schatten, was der Kapitalismus in seiner langen Lebenslaufbahn an Fäulniserscheinungen hervorbrachte. Erwähnt mag nur noch werden, daß die Preußenbank einmal rund und nett 60 000 Goldmark Spesen und Schmiergelder dafür zahlte, daß ein Betrug an ihr begangen wurde. Schließlich konnte es der Ausschuß der ehrenwerten Parlamentarier nicht verhindern daß Barmat zugab, die Direktoren der Preußenbank, Geheimrat Hellweg und Rübe und andere Beamten mit Aktien bestochen haben. „Es war dies in der Inflation so üblich"! — Freilich, Dollars waren nicht immer zur Hand.

Wichtiger als die Geschäftsführung der Preußenbank als melkende Kuh für die Parlamentarier aller Parteien, ist die Art der „Beweisaufnahme" durch den Preußen-Ausschuß. Es

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands
Allgem. Arb.-Union ⋆ Komm. Arb.-Jugend ⋆ V. R. U. K.

Sonnabend, den 7. November, abends 7 Uhr
Stadthalle Klosterstraße (Untergrundbahnhof)

NOVEMBER-FEIER

Mitwirkende:
Hollfelder-Kammermusik-Quartett
1. Violine, 2. Violine, Cello, Baß
Flügel.
Gemischter Chor Groß-Berlin

Der Ueberschuß wird
zugunsten der politischen Gefangenen der V. R. U. K. überwiesen.

Saalöffnung 6 Uhr — Eintritt 0,75 Mk. — Beginn pünktl. 7 Uhr

Karten bei allen Zeitungs-Obleuten der K. A. Z. und in der Buchhandlung, Warschauer Str. 49

kennzeichnet schon das demokratische System, daß Bestochene und Vertreter der bestochenen Parteien, in diesem famosen Ausschuß Richter und Zeuge sind. Es kann dies kein Vorwurf sein, denn die Parlamentsparteien als Sachwalter des Kapitals haben das Ruder des Staates in den Händen. Und bestochen sind sie alle, samt und sonders. Immerhin sickert trotz der „Beweisaufnahme" des Ausschusses des Preußenparlaments soviel durch, daß man erkennen kann, daß die Demokratie, ein einziger Korruptionsherd, verfault ist bis auf die Knochen. So langsam wird es sogar erklärlich, weshalb die Sozialdemokratie auf den Reichspräsidentenposten verzichtete und dafür den Berliner Polizeipräsidentenposten einschacherte.

Bis zur Beendigung der „Beweisaufnahme" hat der Preußenausschuß in 52 Sitzungen getagt. Die Sozialdemokratie, als die am meisten belastete Partei, hat alle ihre Kräfte und Verbindungen eingesetzt, die Sache in die Länge zu ziehen und sie zu verdunkeln. Dabei sind die bestochenen Kreaturen nicht davon zurückgeschreckt, Beamte zu belasten und unmöglich zu machen, die der Aufklärung dienen wollten, soweit dies in einer bis ins innerste Mark korrumpierten und verrotteten Gesellschaft möglich ist.

Für die Bearbeitung der Akten, für die aus den Betrugsmanövern der Barmat, Bauer, Richter, Heilmann u. a. sozialdemokratischen Ehrenmänner gegen die Staatsbank sich ergebenden Prozesse, waren zwei Assessoren mit den Staatsanwaltsgeschäften betraut: Kußmann und Caspary. Diesen beiden jungen Herren ging noch der nötige Scharfblick ab, die Größten von den Großen zu unterscheiden. Die Devise: „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen", verstanden sie noch nicht genügend zu würdigen. Schließlich gedachten sie sich bei der Sache die Sporen zu verdienen. Gegen diese beiden arbeitete die Sozialdemokratie mit ihrer ganzen Hinterhältigkeit mit ihrer ganzen in der Arbeiterbewegung erworbenen Demagogie.

Ein gewisser Wolfgang Breithaupt, ein völkischer Renegat, den sich die Sozialdemokratie für teures Geld gekauft hatte, hatte der SPD. durch die Vermittelung des ihr sehr nahestehenden Justizrat Werthauer gestohlene Dokumente und eidesstattliche Versicherungen verkauft. Obwohl die SPD wußte, daß das Breithauptsche „Material" z. T. gefälscht war, versuchte der Vorwärts eine Entlassungsoffensive damit für seine Parteigenossen Barmat und Konsorten. Es wurde damit erreicht, daß Kußmann und Casperny die Strafverfolgung der Barmate entzogen wurde. Ebenso wurde ein Amtsgerichtsrat Noel aus der Barmatsache entfernt. Die Sozialdemokratie hatte dabei die Unterstützung aller korrumpierten Elemente, die befürchten mußten, daß auch „ihr Fall" an die Oeffentlichkeit gezerrt werde. Hauptsächlich Caspary hatte sich den Haß der Ehrenwerten zugezogen. War er es doch, der s. Zt. die Verhaftung des Justizrats Werthauer betrieb. Selbst der Demokrat Nuschke sah sich im Ausschuß zu der Feststellung veranlaßt, daß die sozialdemokratische Presse auf das gemeinste verdächtigte der gegen Seine Majestät Barmat gefrevelt habe.

Die sozialdemokratische Verteidigungsoffensive der sozialdemokratischen Barmate bekam aber einen Stoß. Der Breithaupt wurde von den schwarzweißroten Völkischen zurückgekauft und der ganze Durchstechungs- und Fälscherschwindel kam heraus. Die sozialdemokratische Moral bekommt einen desto helleren Glorienschein, als die sozialdemokratischen Ehrenmänner wußten, daß der Herr Breithaupt im Kriege Spion gegen Deutschland war. Sie wußten ferner, daß er als Spion bei Herrn Barmat in Amsterdam zuhause war! In diese sozialdemokratische Moral denke man sich hinein. In Deutschland bewilligte die SPD. die Kriegskredite, trieb die Proletarier vor die feindlichen Kanonenschlünde, reklamierte die Bonzen und Herr Barmat sandte Geld in die sozialdemokratische Parteikasse, an sozialdemokratische Führer. Daß Herr Barmat das Geld aus der Spionage gegen Deutschland verdiente, ist zwar nicht erwiesen; eine diesbezügliche Frage an Barmat wurde nicht zugelassen! Das Gewissen des Herrn Barmat ist aber wohl Gewähr dafür, daß er aus der Freundschaft mit Breithaupt verdiente. Es ist nur eine große Frage, ob nicht reklamierte sozialdemokratische Führer ihrem holländischen Parteigenossen Barmat selbst Kriegsgeheimnisse gegen Bezahlung lieferten. Es wäre dies weiter nichts als die Politik während der sozialdemokratischen Regierung nach dem Kriege. Auch hier begnügte sich die SPD. nicht mit den Pfründen ihrer Führer und mit den Vorteilen, die diese ihr kraft ihrer Verfügungsgewalt zuschanzten. Sie schanzten auch Barmat und Konsorten Geschäfte zu, mit denen dieser die Republik betrog und die sozialdemokratischen Führer an den ergaunerten Geldern beteiligte.

Wie der politische Ueberbau der demokratischen Oekonomie, so ist auch ihr juristischer Ueberbau. Die abgehalfterten Staatsanwälte Caspary und Kußmann geben darüber vor dem „Untersuchungsausschuß" einiges zum Besten: Sie selbst und eine weitere große Anzahl anderer Beamten können es beweisen, daß ihnen auf Betreiben Heilmanns — des Hauptbevollmächtigten Barmats — die Strafverfolgung entzogen wurde, und daß dadurch die Sache ins Stocken geriet. Die mit der Strafverfolgung beauftragten Beamten wurden dauernd aus dem Justizministerium angerufen und Rechenschaftsberichte und Erklärungen von ihnen verlangt. Jeder der scharf in der Barmatsache vorging, wurde aus dem Ressort versetzt. Obwohl die Arbeiten der Barmatabteilung immer mehr und umfangreicher wurden, wurde die Beamtenzahl gerade in dieser Abteilung dauernd vermindert. Dem Generalstaatsanwalt Linde sei aus dem Justizministerium nahegelegt worden, in der Barmatangelegenheit anders zu verfahren. Die Beamten erhielten keinerlei Schutz gegen die Anwürfe der Barmatklique und Barmatpresse. Das Justizministerium habe den Beamten verboten, sich zu rechtfertigen! Im Falle Hoefle (des Postministers, der im Gefängnis von der Barmatklique umgebracht wurde) war der parlamentarische Vertreter des Justizministers, Ministerialrat Kuhnt beim Chef der Strafverfolgung und habe verlangt, daß über die Todesursache Hoefles eine offiziöse Nachricht nur in der Form erlassen werde, daß die hohe Lebensversicherungssumme nicht in Frage gestellt werde! Im Falle des Sozialdemokraten Sklarz sei ebenfalls ein plötzliche Abhalfterung eines Staatsanwaltes erfolgt, der „zu scharf" vorging. Dem Vorwärts sei aus den Akten eines geheimen Ermittlungsverfahrens im Justizministerium eine Abschrift gestattet worden!

Aber die preußische „Justiz" mit ihrem prachtvollen demokratischen „Justizministerium wird durch die abgehalfterten Staatsanwälte zu einem runden netten Konterfei geformt. Der Vertreter des Justizministeriums versucht dem Ausschuß klar zu machen, daß Caspary den Justizrat Werthauer gegen den Willen des Generalstaatsanwaltes Linde verhaften ließ. Der Untersuchungsrichter Schneider mußte jedoch bestätigen, daß die Verhaftung auf Wunsch Lindes erfolgte. Der Demokrat Nuschke wurde über diesen öffentlichen Spiegel der Demokratie schwindelig. Er erklärte, daß er im Interesse der republikanischen Justiz von der preußischen Justiz abrücke. Der Schlauberger ist fast sozialdemokratisch. Als wenn preußische Justiz und republikanische Justiz nicht dasselbe wäre!

Herr Barmat war „krank" und konnte vor dem Ausschuß nicht erscheinen. Laut einem kreisärztlichen Attest, das Herr Polizeipräsident Grzesinski seinem Parteigenossen Barmat verschafft hatte, war der sozialdemokratische Ehrenmann so krank, daß er nicht mal einem größeren Kreise Rede und Antwort stehen könne. Man merke sich: Polizeipräsident, Kreisarzt. Kommt der Berg nicht zum Propheten, kommt der Prophet zum Berge. Also weil Herr Barmat „krank" war, ging der Ausschuß zu ihm. Am Dienstag, Herr Barmat theaterte „krank". Am Mittwoch stellte sich aber heraus, daß der „kranke" Barmat in einem öffentlichen Café gesessen habe, wo ihm sein Parteigenosse und Prokurist und M. d. L. Heilmann die für ihn im Ausschuß vorbereiteten Fragen überbracht habe und ihn über seine Antworten instruierte!! Mehr: Der Vorsitzende des Barmat-Theaters mußte zugeben, daß er selbst den Ehren-Heilmann dauernd dazu benützte, die Verbindung zwischen dem Ausschuß herzustellen!!!

Herr Barmat klärte seinen Theaterausschuß in dessen Dienstagbesuch bei ihm auf Befragen noch dahin auf, daß die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg durch sozialdemokratischen Einfluß gegen ihren Willen gezwungen wurde, mit ihm Geschäfte zu machen. Nur auf eine Anzahl von ihm bestochener sozialdemokratischer Führer entsinnt er sich: Macdonald, Huysmans, England; Troelstra, Holland; Bauer, Richter, Heilmann, Wels, Herrmann Müller, Kuttner u. a. Ob Herr Robert Schmidt als Wirtschaftsminister auch von ihm gekauft war, hat er „vergessen". Die SPD. bekam von ihm Geld (u. a. 20 000 Mark für Wahlzwecke), die „Bruderpartei", die 2. Internationale, das Köpenicker Volksblatt wurde von ihm finanziert. Selbst die sozialdemokratische Regierung Georgiens habe mit ihm „zu tun gehabt". Wäre der demokratischen Preußenbank nicht bei 40 Millionen die Puste ausgegangen, dieser Sozialdemokrat hätte die ganze Welt prostituiert! International war die Zuhälterei schon. Herr Barmat sagt wörtlich: „Die 2. Internationale hat manchmal gesagt: Die Partei dieses oder jenes Landes muß uns zahlen, kann aber nicht. Schieß Du vor!" Das habe er dann auch immer getan!

An der Vertuschung scheinen alle parlamentarischen Parteien ein Interesse zu haben. Von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten versuchen sie alle kitzlichen Fragestellungen zu verhindern. Die Fragesteller sind die Ausschußmitglieder der KPD. Ueber dieses gefundene Entlarvungsfressen macht die „Rote Fahne" in halbseitigen Kasten mit 4—5 dicken Ueberschriften förmliche Kopfsprünge. Jetzt endlich ist doch der „revolutionäre Parlamentarismus" als eine dem Proletariat nützliche Sache erwiesen? Aber nein! Auch die Fahne und die KPD. treiben Verschleierung. Erstens verschleiern sie durch ihr Geschrei, daß auch der Herr Könen von der KPD. von Barmat bestochen wurde. Zweitens suchen sie das Proletariat vom Klassenkampf abzulenken und ihm weiszumachen, daß durch die Bestrafung der Verbrecher dem Proletariat etwas gedient wäre. Unter den Proletariern können es nur ganz unheilbare Geistesschwache sein, die annehmen, daß es unter den Trabanten noch Unbestochene gäbe.

Und schließlich reicht auch die Riesenkraft des Proletariats nicht aus, Zuchthäuser zu bauen, die alle Lumpen fassen könnten. Es ist aber auch gar nicht die Aufgabe der Arbeiterklasse, die halbe Welt einzusperren. „Die Welt ist genug interpretiert, es gilt sie zu verändern." Nicht die Waffe der Kritik wird die Gesellschaft ändern, sondern die Kritik der Waffen! Zu diesem Behufe hat sich das Proletariat zu Betriebsorganisationen zusammenzuschließen, wodurch erstens das vom Kapital gekaufte Berufsführergeschmeiß schachmatt gesetzt wird, und zweitens die Proletarier die Macht über ihre Organisationen bekommen, die Macht über sich selbst. Erst wenn das Proletariat durch Eroberung der politischen Macht die Produktionsordnung ändert, kann der demokratische Sumpf trocken gelegt werden — in dem, wie Herr Holzmann in der 52. Sitzung Herrn Kutisker sagen läßt: „Es gibt zwei Kategorien von Deutschen: Idioten und kluge Leute. Entweder nehmen sie nichts, dann sind es Idioten. Oder sie sind schlau, dann sind sie bestechlich."

General von Schönaich über Rußland

Auf Veranlassung des Bundes der Freunde des neuen Rußland und der Liga für Menschenrecht sprach der frühere Generalmajor und jetzige Kleinbauer Schoenaich am 1. Oktober in den Berliner Pharussälen über das Thema: **„Was ich in Sowjetrußland sah und hörte."**

Schönaich wies einleitend seines, im wohltuenden Gegensatz zu den Reiseberichten der ersten Arbeiterdelegation außerordentlich lehrreichen Vortrages darauf hin, daß es nicht das erstemal sei, daß er Rußland gesehen habe. Schon vor dem Kriege sei er zweimal in dem großen Reiche gewesen und habe mit dem Volke Fühlung bekommen. Nach seiner jetzigen Reise in das neue Rußland müsse er sagen, daß sich gegenüber früher sehr vieles geändert habe. Schon an der Grenze, wenn man Rußland betritt, fallen die Veränderungen dadurch deutlich und wohltuend auf, daß man korrekt über alles Auskunft erhält, ohne dafür die Beamten schmieren zu müssen, wie es früher war.

Die russische Regierung hat Schönaich volle Bewegungsfreiheit zugesichert. Er könne hervorheben, daß ihm nirgends Schwierigkeiten gemacht worden sind.

Die frühere Hauptstadt Petersburg mit ihrem bunten Treiben ist jetzt zur Provinzstadt geworden. Der Luxus und das Lumpenproletariat sind von den Straßen verschwunden. Im übrigen ist alles Aeußere so wie in anderen Ländern. Man bezahlt seine Post-, Straßenbahn-, Eisenbahn- und Toilettengebühren wie in irgendeinem kapitalistischen Lande.

Als praktischer Landwirt hat es sich naturgemäß am meisten für das russische Land- und Bauernleben interessiert. **Wenn man bedenkt, daß Rußlands Bevölkerung zu 90 Proz. aus Bauern besteht, wird man begreifen, daß ein sachlicher Bericht über Rußland ohne eingehende Würdigung der Agrarverhältnisse nicht möglich ist.**

Bekanntlich haben Scharnhorst und Gneisenau im Jahre 1810 die Erbuntertänigkeit der preußischen Bauern aufgehoben. Dadurch wurden mit einem Male zwei Drittel aller Bewohner Preußens frei. Haus und Hof waren nun des Bauern volles Eigentum und durch Fleiß und Geschicklichkeit konnte er jetzt zu Wohlstand und Ansehen gelangen. Der Zweck dieser großzügigen Reform war klar: Der Bauer sollte an „seine" Scholle gefesselt, der Begriff „Heimat- und Vaterland" praktisch erläutert werden, um in ihm das persönliche Interesse an Kultur und Staat zu wecken, **um ihn als einen materiell interessierten Soldaten in den nationalen Befreiungskrieg zu schicken.**

Von ähnlichen Beweggründen geleitet, versuchte bereits **der Zarenminister Stolypin** vor dem Weltkriege eine großzügige ähnliche Landesreform durchzuführen. Der Ausbruch des Krieges verhindente sie und erst durch die bolschewistische Revolution im Jahre 1917 wurde sie geschickt und konsequent durchgeführt.

Es müsse anerkannt werden, daß die russischen Bolschewiki einen Weg gefunden haben, um die Bauern an der Bebauung der Aecker und dem staatlichen Leben zu interessieren.

In der Ukraine mit ihren ausgedehnten Dörfern hat man die **vollkommene Aufteilung des Landes** unter die Bauern vollzogen. Die Struktur des großrussischen Bauerndorfes — die eng aneinanderliegenden Gehöfte — verbieten jedoch diese Lösung. Deshalb begnügt man sich hier mit der sogen. „Drei-Felder-Wirtschaft": Die Felder werden wechselweise Brachland und mit Sommer- wie Wintergetreide bestellt. Alle drei Felder werden untereinander auf 9 Jahre verteilt, sodaß ein persönliches Eigentumsinteresse wachgehalten wird. **Weder Saat, Bearbeitung, noch Ernte ist gemeinsam, jeder arbeitet für „seinen" Boden und verwertet nach eigenem Ermessen den Nutzen.**

So kommt es, daß die einstmals gleiche Landverteilung schon **nach wenigen Jahren große, mittlere und kleine Bauern geboren hat.** Und nicht einmal Fleiß und Geschicklichkeit war hierbei die treibende Kraft allein! Der größte Teil der reichen Bauern resultiert seinen Reichtum aus geschickten, raffinierten Handel mit Vieh und anderen Erzeugnissen.

Der Staat- und die IAH. unterhalten einige Muster-Groß-Güter. Sie stehen unter fachmännischer Verwaltung die **von oben her** eingesetzt wird. **Die Rolle der Gutsbetriebsräte entspricht ungefähr der eines Betriebsrates und der eines gewerkschaftlichen Vertrauensmannes in deutschen Staats- und Kommunalbetrieben.**

Das Vererbungsrecht im Betrage bis zu 10 000 Rubel besteht schon seit 1921. Ob dies der Anfang einer neuen kapitalistischen Wirtschaft in Rußland ist, muß erst die Zukunft lehren. Bestimmtes läßt sich darüber heute nicht sagen.

Die Trennung der Kirche von Staat und Schule ist restlos durchgeführt. Obwohl die Regierung die Platin- Gold- und Silberschätze der Kirchen zum größten Teil enteignet hat, bemerkt man ihr Fehlen nicht angesichts der noch vorhandenen Fülle an Edel-Metall-Schätzen. **Zum Teil ist beschlagnahmtes Kirchengut durch reiche Fabrikbesitzer zurückgekauft worden.** Der Aberglaube der Bauern ist immer noch sehr stark.

Bei alledem sitzt die Regierung der Bolschewiki fest im Sattel. Sie hat viele Gegner im Lande, aber deren Uneinigkeit untereinander ermöglicht der kleinen, straff organisierten und disziplinierten K.P.R. die Herrschaft. Die paar hunderttausend Kommunisten beherrschen ein Volk von 130 Millionen, weil sie es geschickt verstehen, dem Willen der Bauernschaft Rechnung zu tragen. **Wer das nicht tut, wer ihm seine in Blut und Tränen getaufte Freiheit nehmen, wer ihm den durch zwei Jahre furchtbaren Bürgerkrieg erkämpften Landbesitz rauben will, der wäre nicht einen Tag in der Lage, sich als regierende Macht zu behaupten.**

Schoenaich spricht dann über den „Kriegs-" Kommunismus der Jahre 1917—1920. **Er ist restlos abgebaut** worden bis auf die staatliche Kinder- und Schulfürsorge. Er betrachtet diesen Abbau des Kommunismus als Lenins größte Tat! Als nüchterner Rechner, als konsequenter Politiker hat er damals den Mut zur praktischen Wandlung gehabt, nachdem er eingesehen hat, daß die private Initiative nicht entbehrt werden kann. Er selbst schrieb das Todesurteil für den Kommunismus in dem prägnanten Satz: **„Die persönliche Interessiertheit hebt die Produktion."** Was nachzulesen ist in der 1. Beilage der „Roten Fahne" vom 30. Oktober 1921.

Nach einigen sachlichen Bemerkungen über Schulwesen, Kunst und Hygiene kommt er zu dem Schluß: „Man möge zu dem neuen Rußland stehen wie man wolle, anzuerkennen sei, daß dort mit aller Energie daran gearbeitet wird, ein neues System aufzurichten."

Russische Bauern sprachen ihm gegenüber die Befürchtung aus, daß der Sicherheitspakt Rußlands Wiederaufbau durch neue Interventionen stärken wolle. Diese Bedenken zu teilen habe er durchaus keinen Grund. Man müsse doch bedenken, daß fast alle Staaten der Welt sich ernstlich bemühen mit Rußland in friedliche Wirtschaftsbeziehungen zu kommen. Gerade im Interesse der deutschen Nation aber liege es, dem Rufe Folge zu leisten „Hände weg von Sowjet-Rußland".

Dann sprach der General in der Art deutscher Sozialdemokratie über Demokratie, Marxismus, Hochkapitalismus, Fordismus und Pazifismus. Eigentümlich: Der Pazifist und Landwirt Schoenaich hat seit dem Weltkrieg noch keine Zeit gehabt, seine Visitenkarte zu ändern. Ueberall lesen wir: Der Herr General von Schoenaich spricht...

Die vorstehend angedeuteten Ausführungen interessieren uns im Rahmen dieses Rußlandberichtes nicht. Mit ihnen beschloß Schoenaich seinen Bericht.

Zu allem Ueberfluß berichteten nach ihm zwei Mitglieder der deutschen Lehrerdelegation über das russische Schulwesen. Ein Parlaments-Journalist verbreitete sich über die antibolschewistische Hetze und trat ein für das Bündnis mit Rußland. Der Vorsitzende tat desgleichen und **forderte alle Rußlandfreunde auf, ohne jede Rücksichtnahme auf Parteizugehörigkeit, Weltanschauung und Beweggründe der Freundschaft sich dem „Bund der Freunde des neuen Rußland" anzuschließen.**

Nach dieser netten Aufforderung sprach als letzter Diskussionsredner und einziger Arbeiter ein Genosse der KAP. Bezugnehmend auf die Aufforderung des Vorsitzenden habe das revolutionäre Proletariat alle Ursache, sich diese eigenartige Gesellschaft der Rußlandfreunde näher anzusehen. Da drin sitzt der englische Unternehmer, der deutsche Kaufmann, der amerikanische Bankier und ein Teil sattsam bekannter Konjunktur-Politikanten. Für alle ist günstiger Wind und Geschäftemacherei maßgebend.

Mit solchen Burschen und Kapitalbesitzern kann und darf das Proletariat nichts gemein haben. **Auch keine Freundschaft zu Sowjet-Rußland.**

Als 1917 die russischen Bolschewiki mit Hilfe opportunistischer Losungen die Bauern gewannen und mit ihnen die Revoluton durchführten, **da war es ihnen und uns europäischen Kommunisten klar, daß sie sich in diesem Kompromiß mit den Bauern nur behaupten konnten durch die Proletarier-Revolution in Europa.**

Aber sie blieb aus. Das europäische Proletariat hatte seine Pflichten gegen sich und gegenüber Sowjet-Rußland nicht erkannt. Schuld daran tragen alle diejenigen, die Freunde des neuen Rußland sind und **ein gerüttelt Maß von Schuld tragen die russischen Bolschewiki selbst! Sie haben, kraft ihrer moralischen und finanziellen Autorität, die für den Klassenkampf in Europa ganz und gar unmögliche leninistische Taktik in der dritten Internationale durchgesetzt und so dem Weltproletariat einen unmöglichen Weg zur Revolution gewiesen.**

Und das hat sich bitter gerächt. Nicht nur am Weltproletariat, sondern an Sowjet-Rußland, am Rußland des Kriegs-Kommunismus!

Das kleine russische Proletariat war zu schwach gegenüber der Macht der Bauern. Diese hatten durch die Bolschewiki das Land als Eigentum erhalten und kämpften heldenhaft mit ihnen gegen alle, die es ihnen wieder nehmen wollten. Als die Konterrevolution im Jahre 1921 endgültig besiegt war, war auch die „Freundschaft" zwischen Proletariat und Bauerntum aus.

Lenin hat die Macht und den Charakter des Bauerntums selbst am besten gekennzeichnet; in „Politik und Oekonomik" schreibt er auf S. 937:

> „Die Bauernschaft fährt fort, ein Kleinbetrieb der Warenproduktion zu bleiben. **Hier haben wir eine außerordentlich weite und sehr tief und sehr fest wurzelnde Basis des Kapitalismus. Auf dieser Basis erhält sich der Kapitalismus und entsteht aufs neue im heftigsten Kampfe gegen den Kommunismus."**

Da auch nach Schoenaich die Bauern 90 Proz. der Bevölkerung ausmachen, ist es klar, **daß dieser „Kleinbauern"-Kapitalismus Rußlands wirtschaftliches Gesamtleben in seine Formen zwingt.**

Diesem Zwang gehorchten die Bolschewiki nach dem Grundsatz Lenins **„Wenn schon Konterrevolution, dann machen wir die Konterrevolution."** Sie förderten mit der Proklamierung der NEP von Staatswegen die Durchkapitalisierung des Landes. **Sie taten es in dem Glauben durch diktatorische Ausübung der politischen Staatsgewalt, diese Kapitalisierung in Schranken zu halten** und um für das Proletariat — trotz allem Rückzug — die günstigsten sozialen Positionen zu behaupten. **Und dies alles taten sie in der Hoffnung auf ihre Entsetzung durch die Weltrevolution, die sie andererseits hemmten durch die Propagierung einer durchaus unrichtigen Taktik!**

Das revolutionäre Proletariat hat alle Ursache, sich Klarheit zu verschaffen, ob Rußland noch das alte Sowjet-Rußland von 1917 bis 1920 ist oder ob dies Platz machen mußte einem „neuen" Rußland. Es darf sich nicht selbst belügen, sondern muß die Wirklichkeit erkennen, muß lernen aus ihr, die revolutionären Konsequenzen zu ziehen.

Selbst Augenzeuge des Uebergangs vom Kriegskommunismus zur NEP-Orientierung sieht er im heutigen Rußland nicht mehr das Sowjet-Rußland von 1917-1920. **Die staatsoffiziell eingeleitete Durchkapitalisierung hat heute der proletarisch-bolschewistischen Regierung den wirtschaftlichen Boden unter den Füßen hinweggezogen.** Zur Wahrnehmung proletarischer Klasseninteressen (Abschaffung der Ausbeutung usw.) ist sie einfach nicht mehr in der Lage. **Die Bolschewisten regieren heute lediglich als Sachwalter der Bauern und der Stadt-Bourgeoisie.** Diese Tatsache wird durch Schoenaichs mündlichen sowie durch den schriftlichen Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation nur bestätigt.

Als unser Genosse nun anfängt, diese Feststellung im Näheren zu beweisen, unterbricht ihn der Vorsitzende und behauptet kühn, das gehöre nicht zum Thema. Angesichts der vorgerückten Zeit und angesichts der durch hysterische Zwischenrufer verursachten Unruhe begnügte sich unser Genosse mit folgendem Hinweis:

Als Kommunisten sehen wir in den Räten (Sowjets) **die beschließenden und ausübenden Organe der proletarischen Staatsgewalt und der proletarischen Wirtschaft.** Lenins revolutionäres Verdienst ist es, diesen Grundsatz gegenüber dem bürgerlichen Parlamentarismus in seinem Buche „Staat und Revolution" klar herausgearbeitet zu haben. In Rußland aber gilt das nur als Theorie. Die Praxis stellt der Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation folgendermaßen dar:

„Der Anteil der Betriebsräte an der Verwaltung (der Betrieb) wurde nach und nach auf ein Drittel beschränkt... Schließlich erklärte der 3. Gewerkschaftskongreß, **daß die Betriebsräte überhaupt nichts mehr mit der Verwaltung zu tun hätten und damit begann die Rückentwicklung zur fachmännischen Verwaltung."**

Damit wurde die Debatte abgebrochen und nach einem kurzen belanglosen Schlußwort Schoenaichs die Versammlung geschlossen.

Der Dank des Kapitals

Aussperrung der gesamten niederschlesischen Bergarbeiter.

Im Waldenburg-Neuroder Steinkohlenbergbau sind die Arbeiter am straffsten gewerkschaftlich organisiert. Was das zu bedeuten hat, haben die Zechengewaltigen sehr gut begriffen. Seit Wochen schon verhandeln die Gewerkschaften um eine Aufbesserung der mehr als miserablen Löhne. Es wurden mit Ablauf der bis 1. September gültigen Lohnordnung 30 Proz. Zulage verlangt. Der Schlichter hielt nur 7 Proz. für tragbar und fällte einen dementsprechenden Schiedsspruch. Die Arbeiter, an das Hungern ebenso gewöhnt, wie an die Gewerkschaftsdisziplin, begannen sich damit zufrieden zu geben, da die aufgelaufen Pfennige seit 1. September immerhin einige Mark ausmachen.

Das ist ja die Stärke des Kapitals heute, die „Wirtschaftsdemokratie", wo die Gewerkschaften den Unternehmern als „Gleichberechtigte am Verhandlungstisch gegenübertreten." Es werden recht hohe Forderungen gestellt und Gaumen und Magen der Proletarier für alle möglichen Genüsse scharfgemacht. Wenn dann nach vielwöchigem Verhandeln (richtiger Verschachern der Proletarier) die Preise um 20 Proz. gestiegen sind, die Not der Arbeiter zur Qual geworden ist, werden die Löhne um ein paar Wochen zurückdatiert, 2 oder 5 Proz. „erhöht". Jetzt heißt es regelmäßig auf die aufgelaufenen 15—20 Markscheine und den laufenden Wochenlohn verzichten und streiken, oder arbeiten, die Markscheine können von den „Genüssen" wenigstens einen einmal befriedigen. Eine Kleinigkeit oder Garnichts, das ist dann immer die Frage. Und die Gewerkschaftsdisziplin zieht dann immer „den Spatz in der Hand der Taube auf dem Dache" vor. Einfach deswegen, weil die „Verhandlungen" gleich wieder von neuem beginnen und die Geschmacksnerven gleich wieder von neuem gekitzelt werden.

So ist es immer und überall, so war es diesmal auch wieder im Waldenburg-Neuroder Steinkohlenbergbau. Die Zechenbarone aber kennen ihre gewerkschaftsdisziplinierten Proletarier und wissen, daß die Gewerkschaften kapitalistischer eingestellt sind als sie selbst. Die Bergwerksgewaltigen lehnten selbst den Schiedsspruch mit den lumpigen 7 Proz. Erhöhung ab. Der Schiedsspruch wurde rechtsverbindlich erklärt, die Gewerkschaften triumphieren über die Errungenschaften der „Wirtschaftsdemokratie" und die Kumpels über die seit dem 1. September aufgelaufenen Pfennige. Und die Zechenherren kühlten diese Wollust durch einen kalten Strahl und kündigten ihren sämtlichen 30 000 Arbeitern. Besser könnte der ärgste Gewerkschaftsfeind diese uralten vermoderten Gewerkschaften nicht bloßstellen als hier das Kapital, dessen Existenz auf sie aufgebaut ist. Die Kohlenmagnaten können sich diese Auspeitschung erlauben. Sie wissen sehr gut, daß die Gewerkschaften desto verhandlungslustiger sind, daß die Proletarier desto mehr an ihren Gewerkschaften festhalten, daß die KPD. sie desto mehr hineintreibt.

Man muß sich diese Waldenburger „Kämpfe" näher ansehen, um die Maßnahme des Kapitals zu verstehen. Unter der Ueberschrift:

Ein Vorschlag der Arbeitnehmer als Ausweg

meldete die Presse des Schwerkapitals vor 2 Wochen über sie:

WTB. Waldenburg, 25. September. Am Dienstag fanden unter dem Vorsitz des Reg.-Direktors Meyer im Beisein des Landrats des Kreises, der Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses und anderer Vertreter der Behörden die Stillegungsverhandlungen mit der Direktion der Karlshütte statt. Die Arbeitnehmer, vertreten durch ihre Organisationen und den Betriebsrat. **Unterbreiten einen Vorschlag, nach dem für das Werk eine Produktionssteigerung von 15 v. H.** (durch Mehrarbeit) **herauskommen würde.** Auf dieser Grundlage wurde eine Einigung erzielt. Die Direktion nahm ihren Antrag auf Stillegung zurück, und es dürfen somit Differenzen als beigelegt gelten." !!

Wenn wir hier noch in Betracht ziehen, daß die Kumpels des Waldenburger Reviers zu den schlechtbezahltesten Arbeitern Deutschlands gehören, daß die Gesundheit dort am schlechtesten, die Sterblichkeit am größten ist, so läßt sich der Wert der Gewerkschaften unschwer schätzen. Der Waldenburger Steinkohlenbergbau ist stabil. Die Krise hat ihn nicht ergriffen, denn die Produktion steigt bei sinkender Arbeiterzahl und sinkender Löhne. Die Kapitalisten haben alle Ursache zu zeigen, daß sie Herr der Situation sind. Die Gewerkschaften sorgen für Produktionssteigerung durch Wirtschaftsdemokratie."

Proletarier, wann werdet ihr dieses begreifen?

Eine chinesische Delegation nach Rußland

Moskau, 3. 10. (O. E.). In Moskau ist eine von Marschall Feng Yuhsiang entsandte Delegation zum Studium der politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in der Sowjetunion eingetroffen. Ihr Führer ist General Sung Ping, Generalstabschef der Armee Fengs. Außerdem befinden sich zwei Sekretäre des Marschalls dabei. Die Delegation will etwa einen Monat in Moskau bleiben, um dann wahrscheinlich auch Westeuropa zu besuchen.

Die KPD. ist eifrig bemüht, KAP.-Genossen in den Versammlungen am Reden zu verhindern, in denen die deutschen Delegierten Bericht über ihre Erlebnisse in Rußland erstatten. Es wird dies regelmäßig damit begründet, daß wir „Antibolschewisten" seien. Zu der obigen Meldung muß die Frage aufgeworfen werden: Ist der Marschall Feng Yuhsiang Bolschiwist? Und der Generalstabschef General Sung Ping?

Wir können die Frage beantworten: Nein! Beide sind nicht Bolschewisten in dem Sinne, wie die Proletarier der KPD. den Begriff ausgelegt wissen wollen, d. h. Verfechter des Kommunismus. Beide sind Antikommunisten; ihr Rang und ihre Taten in China verbürgen dies. Beide kämpfen für den chinesischen Kapitalismus gegen das englische Kapital.

Wenn sich nun diese beiden kapitalistischen Militaristen für das russsche Wirtschaftssystem begeistern, so ist das Beweis dafür, daß dieses nicht den Interessen der Arbeiterklasse dient. Die Interessen der Arbeiterklasse auf der einen, die der Kapitalisten und Militaristen auf der anderen Seite, scheiden sich wie Feuer und Wasser. **Kapitalismus und Militarismus sind Todfeinde der Arbeiterklasse.** Beide Parteien können sich nicht für dieselbe Sache begeistern. Wir sind überzeugt, daß die KPD.-Presse in einiger Zeit sich rühmen wird, daß die „chinesische Delegation" die russischen Zustände über den Schellendaus lobt.

Es muß die weitere Frage aufgeworfen werden: Ist das Niederbrüllen der KAP.-Genossen in den russischen Berichts-Versammlungen im Interesse Rußlands? Kommt die Initiative von ihm? Wenn ja, so hat es ein Interesse daran, daß die deutschen Proletarier einseitig unterrichtet werden und ihr Blick von der Kritik nicht geschärft werden darf. Wenn nein, so beweisen die deutschen KPD.-Mitglieder, daß sie urteilslos sind. Ferner:

Würde Rußland seine Pforten einer Delegation revolutionärer marxistisch geschulter Arbeiter ebenso öffnen wie den Sozialdemokraten und den reaktionären chinesischen Generälen? Wenn nicht, so hat Rußland kein Interesse an der westeuropäischen Revolution und alle Ursache, den kritischen Blick im eigenen Lande etwas zu verbergen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Scherneil-Berlin.
Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

Abonnements-Annahme-Stellen für die KAZ. in Groß-Berlin:

Norden: Fr. Malz, Fehrbelliner Straße 28, Hof III
Szomoru, Moabit, Berlichingen-Straße 10
Jul. Gehrke, Lychener Straße 31, Quergebäude 1 Treppe, bei Schulz
K. Herhold, Lichtenberg, Thürschmidtstraße
Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49
Süden: A. Fischer, Neukölln, Zieten-Straße 71
Karl Voigt, SO, Grünauer Straße 36
Georg Otto, Tempelhof, Friedrich-Franz-Straße 17
Südwesten: Tuschling, Möckernstraße 112
Centrum: J. Schurl, Brückenstraße 6
Bohnsdorf: Herm. Pohl, Apollo-Straße 16
Charlottenburg: H. Kues, Wallstraße 23
Cöpenick: W. Heiland, Schönerlinder Straße 9
Grünau: Karl Plötzer, Cöpenicker Straße 92
Karlshorst: Klump, Junker-York-Straße 36
Königswusterhausen: Kühnel, Luckenwalder Straße 39
Nowawes: Ernst Gabel, Groß-Beeren-Straße 12
Pankow: Hans Liepe, Damerow-Straße 45
Rosenthal: Th. Jähnchen, Edelweißstraße 36 II

---

6. Jahrg. Nr. 81 — Preis 0,15 Mk

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Oktober 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Was bringt die Zukunft?

Monarchisten brüsten sich, Sozialdemokraten in Verlegenheit

„Skandalöse" Vorgänge passieren in der Welt. Es geht drunter und drüber, so daß die kleinbürgerlichen Parteien, die Sozialdemokraten an der Spitze, bald nicht mehr wissen, ob sie auf dem Kopfe oder auf den Füßen stehen. Das zaghafte Gestammele um die Friedenspalme, die sie über die Republik und der ganzen Welt schwenken, ist der letzte Rest ihrer kleinbürgerlichen Politik. Sie müssen einsehen, daß die Reaktion sich nicht um den Weltfrieden und auch nicht um die demokratischen Staatsbedingungen der bürgerlichen Republik kehrt. Sie wissen, daß der Weltfrieden eine Illusion ist, daß die Funken des Weltbrandes heller glimmen, als manchem „Weltenbürger" begreiflich erscheint, daß die imperialistischen Kräfte, die den Weltbrand schüren, sich nur selbst Zügel umhängen, um nicht zu früh den Entscheidungskampf um die Macht auf dem Weltmarkte zu entfachen. Diese Spießbürger retten sich nach den Tummelplätzen des „Völkerfriedens", nach Locarno, dem Völkerbund und den internationalen Friedenskonferenzen, weil ihnen die Realpolitik das eigene Todesurteil spricht. Nur dort, wo die Ablenkung gefördert wird, wo es gilt, den Schleier der Illusion zu verdichten, wo die Revolution unterbunden und die illusionäre „Friedenspolitik" künstlich erhalten wird, sucht die Sozialdemokratie und der gesamte kleinbürgerliche Sumpf seinen politischen Halt. Diese Politik ist Selbstbetrug, aber eher könnte man diesen eingefleischten „Selbstbetrügern" das Genick abdrehen, ehe sie die Dummheit, und den wohlweislichen Verrat an der proletarischen Klassenpolitik zugeben. Eher wird der faule Oberbau der Republik unter dem Druck der Reaktion über ihnen zusammenbrechen, ehe sie die Republik, als ein Instrument ihres Betruges im Interesse des Kapitals, preisgeben. Viel lieber paktieren diese Henkersknechte des Kapitals, die als Schützer der Republik Tausende von Arbeitern morden ließen, bis an den eigenen Galgen mit der Bourgeoisie, ehe sie sich der Arbeiterklasse gegenüber ergeben.

Die Realpolitik spricht ihr Urteil. Der Kapitalismus geht innen- und außenpolitisch über sie hinweg. Die Reaktion spottet aller demokratischen Illusionen. Sie spottet ihrer, wenn auch die KPD. den Bund der republikanischen Politiker durch eine Einheitsfront vergrößern will. Sie weiß, daß nur durch die Illusion, die Ablenkung der Massen vergrößert wird. Die Bahn der aufsteigenden Reaktion ist Schritt für Schritt mit Hilfe der kleinbürgerlichen Parlamentspolitik vom revolutionären „Schmutz" gesäubert. Die Ordnung herrscht im Bau der Republik. Der Parlamentarismus und die Gewerkschaftspolitik haben die letzten Spuren des revolutionären Klassenkampfes verwischt. Hindenburg und die bürgerliche Reaktion herrscht. Sie herrscht, obwohl sie sich immer noch den Mantel der Republik umhängt. Nie ist das Wesen einer bürgerlichen Republik besser aufgedeckt worden, als augenblicklich. Denn unter dem schwarzrotgoldenen Mantel kriecht und kreucht all das Gewürm, daß in den ersten Novembertagen von der Bildfläche verschwand, ungehindert seinen Gang.

Wilhelms Militarismus und seine Polizei waren harmlos gegenüber den modernen staatlichen Machtinstrumenten. Die Arbeiterklasse ist mit Blindheit geschlagen, sonst hätte sie längst den Gang dieser „Ordnung" begriffen. Zu gut hat die verdeckte Reaktion der Sozialdemokraie die Gewaltherrschaft der Bourgeoisie wieder eingeleitet. Noch hat sich Hindenburg vor den Wahrzeichen der Republik gebeugt, doch hinter dem Spiel der Bourgeoisie zuckt die Kralle des Adlers, der ein mussolinisches Regime verwirklichen will. Die gesamte Bourgeoisie wird mit Gewehren und Handgranaten ausgerüstet und ausgebildet. Sie tragen ihre Waffen in aller Oeffentlichkeit. Das Verbot der militärischen Verbände ist verklungen. Die Zeit eines allgemeinen neuen Militarismus ist wieder angebrochen. Selbst die sogenannten Linken, bis zum „Roten Frontkämpferbund" werden mehr gefördert, als verboten. Hier jedoch nur bedingt. Wozu das? Versperren wir uns nicht die Augen. Gewiß nicht zum Frieden. Nicht die Sozialdemokratie, die den Rummel im Interesse der Republik aufzieht, auch nicht die KPD., die die Republik gegen den „Faschismus" schützen will, bestimmt hier, sondern der aufsteigende Imperialismus und die bürgerliche Reaktion.

Unter dem Schutz des „republikanischen" Reichspräsidenten Hindenburg tritt sogar die vergangene Monarchie wieder an die Oeffentlichkeit. Obwohl das Großkapital tonangebend in der Staatspolitik ist und sich nicht von den feudalen Interessen der Monarchen beeinflussen läßt, treten die gestützten Adelshäupter wieder auf und bekunden die alten Revanchegelüste ihrer Kriegspolitik und ihren Kampf gegen die Arbeiterklasse. Sie können es, denn die Reaktion, große Teile der bewaffneten Bourgoisie stehen hinter ihnen. Dazu noch große Teile der Reichswehr und der Schupo.

An allen Orten Deutschlands werden Denkmäler für den vergangenen Chauvinismus geweiht. Die feudale Bourgeoisie und unter ihnen die abgedankten Monarchen sind es, die ihre Gedanken für die Zukunft offen zum Ausdruck bringen. Hindenburg, als oberster Vertreter der Klasse, kann nicht umhin, dabei zu sein.

Da wird der SPD. um ihre „Errungenschaften", die Republik, doch bange. Sie ist in Verlegenheit, denn sie muß über kurz oder lang auch dran glauben. Hier bildet das Proletariat wieder den letzten Rettungsanker, es soll mit seinem Blut einen neuen Kapputsch verhindern.

Für das Proletariat heißt es, die Augen aufzuhalten. Die Reaktion marschiert, und zwar offen, so offen, daß die SPD. vor ihr zurückschreckt, die doch Jahr und Tag Wegbereiter der Reaktion war. Die Arbeiterklasse muß in dieser Situation die eigenen Aufgaben und Ziele erkennen, die Reaktion führt den Existenzkampf gegen das Proletariat, daß letzten Endes gezwungen ist, sich gegen die steigende Ausbeutung zu erheben. Will das Proletariat gegen die Bourgeoisie den Kampf bestehen, und sich nicht für die imperialistischen Interessen derselben einspannen lassen, so muß es zum Offensivkampf gegen den gesamten Kapitalismus vorgehen und sich nicht durch die Illusionsmanöver der Sozialdemokratie beirren lassen.

Die deutsche Ostorientierung

Obwohl Stresemann in Locarno sich an den Westpakt verschreibt, und selbst dem Artikel 16, der an den französischen Imperialismus die größten Konzessionen macht, indem Deutschland gezwungen ist, die militärischen Aktionen der Entente innerhalb Deutschlands ungehindert zu gewähren, annimmt, blickt das deutsche Kapital nach Rußland. Die DAZ. besinnt sich sogar auf die alte Tradition und vertritt mehr als bisher die Ostorientierung der deutschen Bourgeoisie. Sie schreibt am 11. Oktober in ihrem Artikel „Das englisch-russische Ringen" folgendes:

„England hat zuerst versucht, sich der Franzosen gegen Rußland zu bedienen, und als zweites, wertvolleres Eisen im Feuer hat es Deutschland im Auge.

Es ist nicht unsere Sache, zu untersuchen, wo das Interesse Frankreichs liegt. Deutschlands Interesse lag schon damals im Osten, als noch der Thron in Wien stand, und kein Geringerer als Bismarck hat das klar festgestellt. Heute, wo Deutschland und Rußland durch die Diktate des Weltkrieges in ein Lager gedrängt werden, ist es noch viel weniger fraglich, wo die deutschen Interessen liegen. Seit dem Vertrage von Rapollo ist schon die Existenz Rußlands für Deutschland eine große Hilfe gewesen, und Deutschland würde den gleichen Fehler begehen, den Oesterreich im Krimkriege durch seine Undankbarkeit für die russische Hilfe von 1849 beging, wenn Deutschland endgültig in das antirussische Lager zöge.

Die KPD. kann also beruhigt sein. Der Bolschewismus macht über die Erinnerung der deutschen Bourgeoisie an den alten Zarismus einen überzeugenden Eindruck. Die Propaganda hat gute Früchte getragen. — Wenn auch vorerst im Interesse der Bourgeoisie.

Totentanz

Das deutsche Kapital befindet sich augenblicklich in einer sehr scharfen Krise. Die äußere Wirkung ist der Drang nach Aufnahme als Gleichberechtigter durch das Weltkapital. Nachdem die Handelsvertragsverhandlungen zu keinem positiven Ziel geführt haben, mußte das deutsche Kapital sich beeilen, dem Imperialismus abzuschwören und als ein friedliches und nur auf Arbeit bedachtes Subjekt zu erscheinen. Es hätte diesen Schritt sicherlich nicht unternommen, wenn ihm nicht das Feuer unter den Nägeln gebrannt hätte. Trotz aller Warnungen durch die Sowjetregierung und der Gefahr, sich dem englischen Kapital unter Aufgabe seiner Selbständigkeit zu verschreiben, hat es den Versailler Vertrag noch einmal anerkannt. Es hat seine nationale und nationalistische Vergangenheit mit heiligem Schwur verleugnet, eine Demütigung nach der anderen geschluckt und steht jetzt in Locarno als Bittsteller vor den Toren des Weltkapitals. Locarno war ein Gang nach Canossa. Barfüßig, verfemt von der heiligen Allianz, belegt mit der Bannbulle, der moralischen Verantwortung für den Weltkrieg, erscheint es im Büßergewand. Sechs Jahre lang hat es sich gesträubt, solange es damit seinen eigenen Vorteil verbunden glaubte. Als dann der Zusammenbruch kam und der stolze Eckpfeiler der deutschen Wirtschaft, die Schwerindustrie, zuerst kapitulierte, begann erst der Dornenweg, der Weg zum sog. Wiederaufbau.

Die Stabilisierungsperiode hatte ihren ersten Tiefstand im August 1923 vor der Dawesanleihe und befindet sich jetzt nach Jahresfrist wieder auf diesem Punkt. Die Katastrophe des Stinneskonzerns zeigte zuerst den Anbruch der neuen Krise. Es bedurfte der Zusammenfassung der gesamten Wirtschaftskräfte des Reiches, um ein wirtschaftliches Chaos zu verhüten. Jetzt folgen der Giesche-, Stumm- und Rombachkonzern sowie die bekannte Kaffee- und Teeimportfirma S. L. Rex. Es ist dies kein Zufall oder auf eine verfehlte Spekulation zurückzuführen, sondern entspricht der inneren Struktur der deutschen Wirtschaft. Man darf nie vergessen, wie nach dem Zusammenbruch der Inflation im November 1923 die Inbetriebsetzung der deutschen Wirtschaft erfolgte. Durch die Inflation und die damit verbundene Flucht in die Sachwerte war das gesamte variable Kapital immobolisiert. Die Inflation hatte bis dahin durch immer sich steigernde Notenausgabe die Betriebsmittel geschaffen, die dann wieder von einer neuen Inflationswelle aufgezehrt wurden. Es blieb nur noch als Reserve das in fremde Valuten angelegte Kapital übrig, das als letzter Notgroschen galt und infolgedessen auch festlag. Die so vollkommen festgefahrene Maschinerie wurde durch die Liquidierung der alten Währung und durch den Aufbau einer neuen Währung flott gemacht. Die 2 Milliarden der Rentenbank brachten die Möglichkeit, die aufgestapelten Rohstoffe zu verarbeiten und zwar zuerst für die Bedürfnisse des vollkommen ausgelaugten Binnenmarktes. Es entstand daraus die kurze Blütezeit bis März 1924 einer typischen Inlandskonjunktur. Eine weitere Belastung durch künstliche Kaufkraft drohte den kunstvollen Bau zum Einsturz zu bringen. Der ausschließliche Verbrauch der 2 Milliarden Rentenmark für den Binnenmarkt und die noch hinzutretende Beanspruchung des ausländischen Kredits für denselben Zweck brachten diese neue Quelle für „variables" Kapital zum versiegen. Das Betriebsöl fing wieder an zu fehlen, zumal durch das Handels- und Bankkapital mit großer Energie eine erneute Inflation verhindert wurde. Diese wäre besonders für sie verhängnisvoll geworden, weil sie dem ausländischen Kapital gegenüber die Garanten für die Aufnahme der neuen Mittel gespielt hatten. Bei dieser Situation stoppten die ausländischen, insbesondere die amerikanischen Kredite, zumal da noch die gesamte politische Situation ungeklärt war.

Das deutsche Kapital mußte deshalb auf Regelung seiner im Versailler Vertrage übernommenen Verpflichtungen dringen. Als Preis erhielt es die Dawesanleihe von 800 Millionen. Es folgten darauf wieder neue Anleihen der großen Privatkonzerne, dieses Mal allerdings zu dem ausgesprochenen Zweck des Aufbaues des Ex-